



Regionalbericht
Osteuropa, Kaukasus und Zentralasien

**Im Osten nichts Neues:
Kriegsgewinner und Kriegsverlierer**

von Hans-Joachim Spanger

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
www.bertelsmann-stiftung.de

Der Text und die Abbildungen dieser Publikation sind urheberrechtlich geschützt und lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International (CC BY-SA 4.0) Lizenz. Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legal-code.de>



Das Titelfoto (© PhotoDisc/Gettyimages.com) und die Logos sind ebenfalls urheberrechtlich geschützt, unterfallen aber nicht der genannten CC-Lizenz und dürfen nicht verwendet werden.

DOI 10.11586/2026030

Regionalbericht BTI 2026 Osteuropa, Kaukasus und Zentralasien

Im Osten nichts Neues: Kriegsgewinner und Kriegsverlierer

von Hans-Joachim Spanger*

Überblick zu den Transformationsprozessen in Armenien, Aserbaidshan, Belarus, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Republik Moldau, Mongolei, Russland, Tadschikistan, Turkmenistan, Ukraine und Usbekistan



Dieser Regionalbericht analysiert die Ergebnisse des Transformationsindex BTI 2026 der Bertelsmann Stiftung im Untersuchungszeitraum vom 1. Februar 2023 bis zum 31. Januar 2025. Weitere Informationen finden Sie unter www.bti-project.org.

Zitiervorschlag:

Hans-Joachim Spanger, Im Osten nichts Neues: Kriegsgewinner und Kriegsverlierer — BTI 2026-Regionalbericht Osteuropa, Kaukasus und Zentralasien, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung 2026.

* Dr. Hans-Joachim Spanger ist Assoziiertes Mitglied des Leibniz-Instituts Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt und BTI-Regionalkoordinator für Osteuropa, Kaukasus und Zentralasien.

Einleitung

Im BTI 2026 hat sich die Region Osteuropa, Kaukasus und Zentralasien stabilisiert – auf dem niedrigen Niveau, auf das die Region im BTI 2024 zurückgefallen war, aber *cum grano salis* im Einklang mit den globalen Trends. Dabei halten sich marginal positive Tendenzen bei der marktwirtschaftlichen Transformation und deutlicher negative Tendenzen bei der demokratischen Transformation in etwa die Waage, während der Governance-Index nahezu unverändert geblieben ist. Gleichwohl verbergen diese aggregierten Daten eine gewisse Varianz, denn den dominierenden Stagnationen und Konsolidierungen steht ein drastischer Absturz gegenüber. Dabei wirkt auch im vierten Jahr Russlands Krieg gegen die Ukraine als Drehachse – auch in jenen Ländern, die vom Krieg nicht unmittelbar betroffen sind.

Der umfassende Status-Index der Region zur politischen und wirtschaftlichen Transformation reduzierte sich im Berichtszeitraum weiter – wenn auch geringfügig – und unterbot mit 4,96 den niedrigsten jemals verzeichneten Wert des BTI 2024 um weitere 0,02 Punkte. Etwas deutlicher fällt der Rückgang beim Demokratie-Status aus, der im BTI 2026 um 0,14 Punkte nachgab und damit ebenfalls einen neuen Tiefpunkt markiert sowie größer ist als im globalen Vergleich (-0,09). Der Wirtschafts-Status verzeichnete dagegen mit +0,10 Punkten eine Verbesserung, die doppelt so hoch ausfällt wie im globalen Durchschnitt und den seit dem BTI 2022 anhaltenden negativen Trend stoppt. Der Governance-Index bleibt mit +0,01 Punkten nahezu unverändert.

An der niedrigen Ausgangsposition, in der sich die Region im globalen Maßstab befindet, ändern diese Performance-Daten allerdings wenig bis nichts. Das gilt insbesondere für den Demokratie-Status, bei dem der eurasische Raum mit einem Score von 4,59 lediglich den stagnierenden arabischen Raum (3,43) und nunmehr auch das drastisch eingebrochene westliche und zentrale Afrika (4,44) übertrifft, jedoch weiterhin knapp hinter dem südlichen und östlichen Afrika (4,76) rangiert, ebenso wie unverändert hinter Asien (5,00) und weit hinter Lateinamerika (6,15) sowie Ostmittel- und Südosteuropa (7,80), die zum Teil ebenfalls Einbußen verzeichnen mussten.

Ähnlich das Bild beim Governance-Index, bei dem indes die globale Varianz deutlich geringer ausgeprägt ist. Hier bekleidet die Region Osteuropa, Kaukasus und Zentralasien mit einem Indexwert von 4,17 erneut nur den vorletzten Platz vor dem Nahen Osten (3,82), während sich die übrigen Werte in einem Korridor zwischen 5,86 (Ostmittel- und Südosteuropa und 4,32 (Südliches und Östliches Afrika) bewegen. Der Statuswert für die wirtschaftliche Transformation hingegen platziert die Region mit 5,33 fast genau auf dem Wert für den globalen Durchschnitt (5,34) und damit erneut auch oberhalb der Region Nordafrika und Naher Osten (4,70), dem subsaharischen Afrika (4,45/4,27) sowie in der Nähe des Wertes für Asien und Ozeanien (5,36), aber wie auch bei der politischen Transformation immer noch deutlich hinter Lateinamerika (5,82) sowie Ostmittel- und Südosteuropa (7,95).

Allerdings verbergen sich hinter diesen regionalen Durchschnittswerten erhebliche nationale Unterschiede, sowohl bei den absoluten Werten als auch bei den Veränderungen im Berichtszeitraum. War es beim BTI 2024 bei allen drei Indizes vor allem Russland, das im Zuge seiner militärischen Aggression gegen die Ukraine 2022 die regionalen Werte nach unten zog, so fächert sich das Bild jetzt auf. Absolutes Schlusslicht ist diesmal Georgien, das beim Demokratie-Index (-1,28) und beim Governance-Index (-0,99) erhebliche Einbußen verzeichnen musste, auch

wenn diese besonders drastisch ausfallen, da Georgien dank der damit verknüpften Abstufung zur „gemäßigten Autokratie“ demokratiespezifische Schwellenwerte des BTI-Tableaus nicht mehr überschreiten kann. Damit vollendete sich ein Abwärtstrend, der bereits im BTI 2022 begann und sich im BTI 2024 beschleunigt fortgesetzt hatte, als das Land sowohl beim Demokratie-Status (-0,45) als auch beim Governance-Index (-0,35) bereits markante Einbußen verzeichnete und damals zur „stark defekten“ Demokratie abgestuft wurde.

Russland hat seine Position als „harte“ Autokratie (mit zudem „gescheiterter“ Governance) knapp vor den etablierten Schlusslichtern Tadschikistan und Turkmenistan bekräftigt, auch wenn die Veränderungen im BTI 2026 angesichts der niedrigen Platzierung nicht mehr so drastisch ausfielen. Im Unterschied dazu weist das Opfer der russischen Aggression – die Ukraine – auch im vierten Jahr des Kriegs eine erstaunliche Resilienz auf, nicht nur militärisch. Zwar sind die wirtschaftlichen Einbußen angesichts der Kriegsschäden und der fortgesetzten russischen Angriffe auf die wirtschaftliche Infrastruktur gravierend, auch wenn der ökonomische Indexwert mit einem neuerlichen Rückgang um 0,04 Punkte eine vorläufige Talsohle markiert. Größer sind die Einbußen beim Demokratie-Status (-0,20), was in erster Linie den kriegsbedingten Einschränkungen bei der Versammlungs- und Meinungsfreiheit zuzuschreiben ist. Dagegen weist der Governance-Index einen positiven Wert auf (+0,55), was sowohl dem professionellen Management der Kriegführung unter massiv erschwerten Bedingungen als auch den erfolgreichen Bemühungen der Regierung zur Konsensbildung zuzuschreiben ist.

Ähnlich wie die Ukraine konnten auch die drei weiteren Demokratien der Region, Armenien, Moldau und die Mongolei, mit keinen oder geringen positiven Veränderungen ihren Status behaupten. Den nunmehr neun Autokratien der Region, von denen die zentralasiatischen beim Status politischer Transformation (einschließlich des 2024 zur „gemäßigten Autokratie“ abgestuften Kirgisistan) nur marginale Änderungen aufzuweisen haben, stehen nur mehr vier Demokratien gegenüber. Dabei ist das Ergebnis insofern paradox, als mit der Ukraine, Armenien und Moldau drei Demokratien ihre Position befestigen konnten, die unverändert unter massivem äußerem Druck stehen: Die Ukraine leidet im vierten Kriegsjahr unter der allumfassenden russischen Aggression und Moldau unter den Kollateralschäden dieses Kriegs, wie Lieferunterbrechungen und Preisschocks bei der Energieversorgung, aber auch russischen Diversionsaktivitäten und offenen Drohungen. Armenien wiederum ist nach der vollständigen Einnahme Bergkarabachs durch Aserbaidschan im September 2023 weiterhin militärisch unterlegtem diplomatischem Druck seines Nachbarn ausgesetzt. Gemessen daran befindet sich Georgien in einer komfortablen Lage, denn es gehört zu jenen Ländern, die besonders von den Marktchancen profitieren, die sich durch das Sanktionsregime des Westens gegenüber Russland ergeben haben. Im Zuge dessen hat sich die Affinität zu Russland sukzessive verstärkt, obwohl das Land nach wie vor mit einem russisch abgesicherten, aber weitgehend eingefrorenen, Separatismus in Abchasien und Süd-Ossetien konfrontiert ist, und trotz der damit verbundenen erheblichen Vorbehalte in der Bevölkerung.

Dass sich der Status der wirtschaftlichen Transformation in der Region Osteuropa, Kaukasus und Zentralasien mit +0,10 verbessert hat, verdankt sich folglich der Tatsache, dass es neben Kriegsverlierern auch eine ganze Reihe von Kriegsgewinnern gibt. Sie profitieren zum einen von den zwischen 2022 und 2025 gestiegenen Rohstoffpreisen und zum anderen von den russischen Bemühungen, das Sanktionsregime des Westens durch „parallele“ Graumarktimporte zu durchbrechen. Hier spielen neben Ländern wie der Türkei, China oder Georgien die Partner Russlands

in der Eurasischen Wirtschaftsunion eine naturgemäß zentrale Rolle. Ein weiterer das Wirtschaftswachstum stimulierender Faktor ist die russische kriegsbedingte Emigration: Von den etwa 900.000 russischen Emigranten, die 2022 ihr Land verlassen haben, befinden sich Schätzungen zufolge immer noch etwa 600.000 zu einem beträchtlichen

Politische Transformation

Die politische Transformationsbilanz des BTI 2026 offenbart wenig Überraschungen: Im Wesentlichen wurde der politische Status quo in der Region bekräftigt – mit einer markanten Ausnahme: Georgien. Damit ist die Abwärtsdynamik des BTI 2024, die unter anderem zur Abstufung Russlands („harte Autokratie“), Kirgisistans („gemäßigte Autokratie“) und Georgiens („stark defekte Demokratie“) geführt hatte, erst einmal gestoppt. Allerdings ist auch keine Trendumkehr zu beobachten, und der Spielraum nach unten ist bei den meisten Ländern der Region ohnehin begrenzt. Bei den Autokratien bewegt sich der Demokratie-Status im Korridor zwischen 2,70 (Turkmenistan), 3,75 (Usbekistan) und 4,60 (Kirgisistan). Ihre politischen Regime haben sich, befördert durch gute Wirtschaftszahlen im Schatten des Krieges, autoritär konsolidiert. Dagegen stehen die Demokratien der Region weiterhin unter erheblichem äußerem Druck. Der Demokratie-Status Moldaus (6,70), Armeniens (6,90) und der Mongolei (7,25) bleibt unverändert. Die Ukraine (6,85) verzeichnet einen Rückgang um 0,20 Punkte. Das kann als Stagnation der demokratischen Transformation interpretiert werden, aber auch eingedenk der äußeren Umstände als demokratische Konsolidierung. Die äußeren Gründe sind evident: Die Ukraine ist seit mehr als drei Jahren Opfer einer mit großem Einsatz geführten militärischen Aggression, Moldau hat erheblich unter den Kollateralschäden des Krieges zu leiden, Armenien ist ohne nennenswerte Rückendeckung dem aggressiven Druck seiner beiden größten Nachbarn Aserbaidschan und Türkei ausgesetzt, und die Mongolei ist zwischen den beiden Autokratien China und Russland eingeklemmt, die im gemeinsamen Ziel verbunden sind, eine neue Weltordnung nach ihrem autokratischen Bilde zu schaffen.

Tab. 1: Entwicklungsstand der politischen Transformation

sich konsolidierende Demokratien	defekte Demokratien	stark defekte Demokratien	gemäßigte Autokratien	harte Autokratien
Werte 10 bis 8	Werte < 8 bis 6	Werte < 6	Werte ≥ 4	Werte < 4
	Mongolei		Kirgisistan	Usbekistan
	Armenien		Georgien ▼	Kasachstan
	Ukraine			Belarus
	Republik Moldau			Aserbaidschan
				Russland
				Tadschikistan
				Turkmenistan

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2026. Die Länder sind entsprechend ihrer Systemkategorisierung und der Bewertung des politischen Transformationsstands angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2024, Punkte bezeichnen zerfallende Staaten.

Die paradoxe Ausnahme stellt Georgien dar, das mit einem Rückgang um 1,28 Punkte beim Demokratie-Status (fast) globaler Spitzenreiter ist und mit einem Score von 4,37 in die Kategorie der „gemäßigten Autokratien“ abgestuft wurde. Zwar ist auch Georgien Opfer einer russischen Aggression, initiierte und garantiert Moskau doch den Separatismus der beiden georgischen Regionen Abchasien und Süd-Ossetien – und verhindert damit anders als bei Bergkarabach eine bewaffnete Wiedereingliederung. Zugleich zeichnet sich aber auch keine friedliche Konfliktlösung ab: Seit 2008 finden zwar die sogenannten „Genfer Internationalen Diskussionen“ aller Konfliktparteien statt, haben jedoch keine erkennbaren Fortschritte erzielt, auch nicht bei der bislang letzten 63. Verhandlungsrunde vom 4. bis 5. März 2025 (bei der das russische Außenministerium mit Genugtuung die „versöhnlichen“ Statements der georgischen Regierungspartei im Wahlkampf betonte). Zugleich aber gehört Georgien anders als Moldau in mehrfacher Hinsicht zu den Profiteuren des Kriegs in der Ukraine. Auch wenn Tbilissi abgesehen von der Aufhebung der Visapflicht durch Russland zum 15. Mai 2023 und der Wiederaufnahme der 2019 suspendierten direkten Flugverbindungen keine offiziellen Beziehungen zu Moskau unterhält, hat sich im Zuge des intensivierten Warenaustauschs im Unterbau des paternalistischen Regimes in Georgien ein Beziehungsgeflecht etabliert, das vor allem die aktuellen und künftigen Gewinnchancen im Blick hat. Dass die (alles andere als) graue Eminenz der Regierungspartei „Georgischer Traum“, Bidsina Iwanischwili, sein Vermögen in Russland gemacht hat und nach wie vor innige Beziehungen zur dortigen oligarchisch-bürokratischen Kaste unterhält, unterstreicht auf einer sehr persönlichen Ebene die engen Beziehungen und die Vorteils kalkulationen einflussreicher Teile der politischen Klasse in Tbilissi.

Im gleichen Maße, wie sich die informellen Beziehungen zu Russland intensivierten, verdunkelten sich die offiziellen zur Europäischen Union. Nach seinem Beitrittsantrag vom 3. März 2022 wurde Georgien am 14. Dezember 2023 der Status als EU-Beitrittskandidat eingeräumt – und am 28. Juni 2024 vom Europäischen Rat auf Eis gelegt. Dem folgte am 28. November 2024 die georgische Regierung, indem sie ihrerseits Beitrittsverhandlungen bis Ende 2028 aussetzte – und auch auf die (ohnehin suspendierten) EU-Zuschüsse verzichtete, mit dem Argument, das Europaparlament habe die Parlamentswahlen vom 26. Oktober 2024 als weder frei noch fair charakterisiert und eine Neuwahl gefordert. Sowohl das offizielle Ergebnis der Wahl, das der Regierungspartei „Georgischer Traum“ einen Sieg mit 53,9% auswies, und mehr noch die EU-Absage lösten eine bis in den Sommer 2025 anhaltende Welle massiver Proteste aus, die die Regierung immer wieder unter Einsatz von Gewalt (sowohl der Polizei als auch ziviler Schläger, den „Tituschki“) zu unterdrücken suchte. Vorübergehend lag der Kyjiwer Maidan in der Luft....

Die Repressionswelle, die den offenkundig manipulierten Parlamentswahlen folgte, nahm ihren sichtbarsten Anfang mit der Verabschiedung des nach russischem Vorbild konzipierten Gesetzes gegen „ausländische Einflussnahme“ vom Mai 2024. Ein erster Anlauf war Anfang 2023 gescheitert, als die Regierung das Vorhaben unter dem Eindruck heftiger Proteste erst einmal auf Eis legte. Das verabschiedete Gesetz verpflichtet Nichtregierungsorganisationen sowie Print-, Online- und Sendemedien, die mehr als 20 Prozent ihrer Einkünfte aus dem Ausland erhalten, sich als „Organisationen, die den Interessen einer ausländischen Macht dienen“, beim Justizministerium zu registrieren. Dieses Gesetz wurde, erneut nach russischem Vorbild, im März 2025 auch auf natürliche Personen ausgeweitet.

Parallel dazu intensivierte die Regierung ihre direkten Angriffe auf die unabhängigen Medien des Landes, wie den oppositionellen TV-Sender Mtawari, und bediente sich dabei all jener Methoden, die nach dem Muster anderer Autokratien auch ohne nominelle Verbote deren Arbeit lahmlegen. Und sie begann, die politische Opposition auszuschalten. So hatten die vier Oppositionsfraktionen – wie bereits nach der Wahl 2020 – die Konstituierung des neuen Parlaments boykottiert mit der Folge, dass die Parlamentsmehrheit dreien von ihnen mit insgesamt 49 Parlamentariern Anfang Februar 2025 ihre Mandate entzog. Damit korrespondierte, dass zwei prominente Oppositionspolitiker – Nika Gwaramia und Giorgi Gacharia – krankenhausreif geschlagen wurden und ein weiterer, der ehemalige Vorsitzende der früheren Regierungspartei „Vereinte Nationale Bewegung“, Nika Melija, im Mai 2025 verhaftet wurde – mit dem schlagenden Argument, Strafverfolgungsbeamte beleidigt zu haben. Sie wurden im Verein mit anderen Oppositionspolitikern zwischenzeitlich zu mehrmonatigen Gefängnisstrafen verurteilt. Das Ganze vollzieht sich unter dem Motto des georgischen Ministerpräsidenten, den „liberalen Faschismus“ in Georgien „vollständig ausrotten“ zu wollen, ein angekündigtes Verbot der Oppositionspartei „Vereinte Nationale Bewegung“ eingeschlossen.

Ist Georgien folglich auf den autokratischen Entwicklungspfad Russlands eingeschwenkt, ohne dass Moskau angesichts der ökonomischen Anreize übermäßig nachhelfen musste, verhält es sich in Moldau genau umgekehrt. Hier verknüpfen sich die wirtschaftlichen Kosten, die Russland dem Land aufbürdet, mit aktiven Maßnahmen zur Schwächung der dezidiert pro-europäischen Regierung. Beides gemeinsam hat die Polarisierung der Innenpolitik deutlich verschärft, die schon immer unter dem Eindruck eines externen „Vektors“ stand, geprägt von den beiden Polen Moskau und Brüssel, die über eine ähnlich starke Anhängerschaft verfügen. Auch in Moldau fanden Wahlen statt, die im Unterschied zu Georgien allgemein als frei und fair bewertet wurden. Sie galten dem Präsidentenamt und wurden im ersten Wahlgang am 20. Oktober 2024 ausgetragen sowie zwischen den beiden Erstplatzierten am 3. November in einem zweiten. Diesen gewann die Amtsinhaberin Maia Sandu mit 55,35% der Stimmen gegen den ehemaligen Generalstaatsanwalt Alexandr Stoianoglo mit 45,65%. Beide traten nominell als „Unabhängige“ an, doch während Sandu die pro-europäische Regierungspartei PAS repräsentiert, wurde Stoianoglo von der pro-russischen Sozialistischen Partei des ehemaligen Präsidenten Igor Dodon unterstützt.

Dass die beiden Lager über eine ähnlich starke Anhängerschaft verfügen, zeigte sich deutlicher noch beim Verfassungsreferendum, das zeitgleich mit dem ersten Wahlgang am 20. Oktober 2024 durchgeführt wurde, um den Beitritt Moldaus zur EU in der Verfassung zu verankern. Eine hauchdünne Mehrheit von 10.564 Stimmen (50,35%) stimmte dafür. Allerdings verbietet sich für das pro-russische Lager, offen für Moskau Partei zu ergreifen. Ihre Parolen lauten „Souveränität“, „Pragmatismus“, „Balance“, „traditionelle Werte“ – und billiges russisches Gas. Das allerdings weigert sich Gazprom seit dem 1. Januar 2025 zu liefern, mit Verweis auf die Beendigung des ukrainischen Gastransits durch Kyjiw, vor allem aber mit der ebenso klassischen wie unbegründeten Forderung nach Schuldentilgung durch Chişinău (Gazprom fordert \$709 Millionen, Moldau akzeptiert nur \$8,6 Millionen – während die in einem komplizierten Geflecht in Transnistrien aufgelaufene Summe weit höher ist).

Das allerdings ist nur ein Hebel Moskauer Einflussnahme. Belegt sind neben der medialen Präsenz, die trotz des Verbots russischer und pro-russischer Sender nicht zuletzt über ein weit gespanntes Social-Media-Ökosystem weiter wahrgenommen wird, Bestechungsgelder für Wähler

und Amtsträger im Umfang mehrerer Millionen US-Dollar, die vor allem über die (verbotene) Șor-Partei nach Moldau geschleust wurden. Zur Erinnerung: Ilan Șor, rechtskräftig verurteilter und über Israel nach Moskau entfloher Ex-Oligarch, bildete mit Vlad Plahotniuc die zweite Säule der Oligarchen-Herrschaft und war maßgeblich daran beteiligt, 2014 aus dem moldauischen Bankensystem mehr als 750 Millionen US-Dollar abzuzweigen. Șors Hochburg ist die semi-autonome Region Gagausien im Süden Moldaus, zugleich die Heimatregion Stoianoglos, der dort bei der Wahl etwa 97% der Stimmen errang (im Einklang mit vielen seiner Landsleute hat er sich allerdings sicherheitshalber auch die rumänische Staatsangehörigkeit zugelegt, was ihn nicht hindert, die Gefahr der Einvernahme Moldaus durch Rumänien an die Wand zu malen). Șors Statthalterin in Gagausien ist die dortige Gouverneurin Evghenia Guțul, die sich nicht nur regelmäßig in Moskau und dort im Kreml aufhält, sondern auch eine Dauerfehde mit der Moldauer Regierung und der Korruptionsstaatsanwaltschaft austrägt, was ihr Anfang 2025 wegen illegaler Finanztransfers Untersuchungshaft und Hausarrest eingetragen hat sowie im August eine Haftstrafe von sieben Jahren.

Die Annäherung zwischen Moldau und der EU manifestiert sich nicht nur in dem knapp gewonnenen EU-Referendum, sondern auch in der Aufnahme der formellen Beitrittsverhandlungen, die am 25. Juni 2024 eingeleitet wurden. Sie waren an weitere Reformen, insbesondere in den Bereichen Justiz, Rechtsstaatlichkeit und Minderheitenschutz, geknüpft, die der Europäische Rat nach Verleihung des Kandidatenstatus am 24. Juni 2022, eingefordert hatte, wenige Monate nach dem offiziellen Antrag Moldaus vom 2. März 2022. Der legislative Anpassungsbedarf ist enorm, denn in den 35 Verhandlungskapiteln sind nach eigener Einschätzung mindestens 3.000 EU-Rechtsakte in nationales Recht umzusetzen. Diese Aufgabe fällt dem Parlament zu, dessen Neuwahl am 28. September 2025 die PAS-Mehrheit bei geringen Verlusten mit 55 der 101 Sitze bestätigte – entgegen den meisten Prognosen und sehr zum Missfallen des offiziellen Moskau.

Im Unterschied zu Georgien vollzieht sich auch die Annäherung der Ukraine an die EU im Gleichschritt mit Moldau. Die Beitrittsverhandlungen wurden ebenfalls am 25. Juni 2025 eingeleitet. Im Unterschied zu Moldau treffen sie allerdings auf breite Zustimmung in der Bevölkerung. Nach Angaben des Kyjiwer Rasumkow-Zentrums hätten im Oktober 2024 bei einem Referendum 88% der Befragten einem EU-Beitritt zugestimmt. Allerdings hat der EU-Beitritt für die Ukraine angesichts des Kriegs auch eine elementare Sicherheitskomponente, zumal ein Beitritt zur NATO – spätestens nach dem Amtsantritt Donald Trumps – auf absehbare Zeit ausgeschlossen ist.

In jedem Fall ist auch ein EU-Beitritt an eine Beendigung des Kriegs geknüpft. Dafür wächst auch in der Ukraine die Unterstützung. Nach einer Umfrage des Instituts für Soziologie der Akademie der Wissenschaften waren im Dezember 2024 bereits 38 Prozent der Befragten bereit, Land für Frieden (und die Bewahrung der Unabhängigkeit) zu tauschen (51 Prozent votierten dagegen). Am Beginn des Kriegs, im Mai 2022, waren dies gerade einmal 10 Prozent. Im gleichen Maß ging allerdings auch der Optimismus zurück, denn im Dezember waren nur noch 36 Prozent der Befragten vollständig von einem ukrainischen Sieg überzeugt, während es im Dezember 2022 – nach den erfolgreichen Offensiven in den Regionen Charkiw und Cherson – 75 Prozent waren. Weitestgehend einig sind sich die Ukrainer dagegen bei der Frage, ob vor Beendigung des Kriegs Wahlen stattfinden sollten: Dies unterstützten im Herbst 2024 nur 28 Prozent der Befragten.

Im Zeichen des Kriegs erfreuen sich zwei gesellschaftliche Institutionen ungeschmälerter Zustimmung: das Militär und die Wohltätigkeits- und Freiwilligengemeinschaften, die sich sowohl der Unterstützung des Militärs, aber auch der Zivilbevölkerung widmen, etwa bei der Versorgung

von Verletzten und der Beseitigung von Schäden russischer Angriffe. Dies signalisiert den unverändert hohen Grad gesellschaftlicher Mobilisierung und des Sozialkapitals, das den Zusammenhalt und die Leistungsfähigkeit der ukrainischen Bevölkerung unter den existenzbedrohenden Bedingungen ermöglicht.

Nicht minder wichtig ist allerdings die Fortführung der institutionellen Reformen, die im EU-Beitrittsprozess zentral sind. Hier hat es, etwa bei der Justizreform und der Besetzung von Richterstellen, seit Beginn des Kriegs bereits einige Fortschritte gegeben, es bleiben jedoch Desiderata wie die Einrichtung eines Verwaltungsgerichtshofs oder die Umsetzung von Maßnahmen zur Integritätsprüfung. Gleiches gilt für die Erhöhung der Effizienz der öffentlichen Verwaltung und die Stärkung der lokalen Selbstverwaltung, wo die Schaffung lokaler Militärverwaltungen zu beträchtlichen Reibungsverlusten geführt hat. Allerdings: Die demokratischen Institutionen – einschließlich des Parlaments – nehmen auch unter den Kriegsbedingungen ihre Funktionen wahr – mit einer Unterstützung von außen, die militärisch wie finanziell präzedenzlose Dimensionen erreicht hat, aber auch im Unterschied zur Vergangenheit mit entsprechenden Kontrollmechanismen einhergeht. Ohne diese wäre die Ukraine weder reform- noch überlebensfähig. Das hat nicht zuletzt der (erfolgreiche) Widerstand durch die Zivilgesellschaft und die EU gegen die Versuche der Regierung demonstriert, im Juli 2025 die beiden unabhängigen Antikorruptionsbehörden NABU und SAP dem Generalstaatsanwalt zu unterstellen – und diese damit zu entmachten, als sie Ermittlungen im Umfeld des Präsidenten aufgenommen hatten.

Mit Armenien ist eine weitere Demokratie der Region von einer Autokratie – Aserbaidschan – militärisch attackiert worden und von einer anderen Autokratie – Russland – entgegen seinen vertraglichen Verpflichtungen im Stich gelassen worden. Hatte Aserbaidschan bereits 2020 im 44-Tage Krieg um Bergkarabach der armenischen Seite eine empfindliche Niederlage beigelegt, so beendete es das jahrhundertlange Kapitel der armenisch besiedelten Bergregion am 19. und 20. September 2023 mit einem nur zweitägigen Angriff: Mehr als 100.000 Armenier flüchteten, und die russischen Truppen sahen wie schon in den vorhergehenden Monaten, als Aserbaidschan die Zugänge zu der Exklave blockiert hatte, tatenlos zu – obwohl sie sich in der Waffenstillstandsvereinbarung vom September 2020 verpflichtet hatten, den Schutz der armenischen Bevölkerung in Bergkarabach zu garantieren.

Seit dieser doppelten Niederlage steht die armenische Innenpolitik gänzlich im Zeichen der Außenpolitik und der fortgesetzten Bedrohung durch den Nachbarn Aserbaidschan (und seinem Verbündeten Türkei). Sie ist ähnlich polarisiert wie in Georgien und Moldau, was allerdings keine unmittelbaren Auswirkungen auf den Demokratie-Status hatte. Ein Beispiel sind die breiten Proteste, die sich im April und Mai 2024 an der Rückgabe von vier verlassenen Dörfern an Aserbaidschan in der Provinz Tawusch entzündeten. Dazu hatte sich die Regierung des Ministerpräsidenten Nikol Paschinjan im Rahmen der Friedensverhandlungen mit Baku verpflichtet, die auch eine einvernehmliche Demarkierung der beiderseitigen Grenze vorsieht. Unter der Führung des Erzbischofs der Region, Bagrat Galstanjan, und unter Sympathiebekundungen der Armenischen Apostolischen Kirche sowie der (pro-russischen) Oppositionsführer Kotscharjan und Sargsjan organisierte sich eine Widerstandsbewegung, die mit Massendemonstrationen und Straßenblockaden „Tawusch für das Mutterland“ mobilisierte. Mehr noch forderte Galstanjan – wie vor ihm schon viele andere – Paschinjan zum sofortigen Rücktritt auf, da es Gottes Wille sei, ihn zum Regierungschef zu promovieren. Auch diese Protestbewegung verlor sich allerdings nach einigen Wochen, nicht jedoch der Konflikt mit dem Nachbarland.

Angeichts der Erfahrungen mit Russland hatte Eriwan bereits 2021 begonnen, sich nach neuen Partnern umzuschauen und seine einseitige Abhängigkeit von Russland zu reduzieren. Es hat daher seine Mitgliedschaft in der OVKS, der Organisation des Vertrags für kollektive Sicherheit, eingefroren und Ende März 2025 ein „Gesetz zur Einleitung der EU-Mitgliedschaft“ im Parlament verabschiedet. Darauf hat allerdings die EU nicht unmittelbar reagiert, befindet sich aber in Verhandlungen zur Visa-Erleichterung. Auch wenn Brüssel angesichts der engen wirtschaftlichen Verflechtungen Armeniens mit Russland ein behutsames Vorgehen favorisiert, ist bereits jetzt absehbar und angekündigt, dass aus Moskau heftiger Gegenwind wehen und es dann erneut seine Brückenköpfe in Eriwan auf die Straße treiben wird. Angesichts der 2026 anberaumten Parlamentswahlen wird sich daher die Agitation aus Moskau intensivieren; in den Abteilungen des stellvertretenden Leiters der Präsidialadministration, Sergej Kirijenko, laufen jedenfalls die Vorbereitungen, um Russlands dahinschwindende Soft Power erneut zur Geltung zu bringen. Erschwerend kommt hinzu, dass Armenien trotz einer Reihe der von Paschinjan eingeleiteten Reformen, etwa in der Korruptionsbekämpfung, einen noch größeren Weg zur Übernahme des *acquis communautaire* der EU zurücklegen muss als die beiden anderen Beitrittskandidaten.

Die stabilste und durchgängig am besten bewertete Demokratie der Region, die Mongolei, befindet sich zugleich in der *prima facie* unkomfortabelsten Lage, ohne Meerzugang eingekreist von zwei Autokratien, von denen zumindest Russland, das bereits zu Sowjetzeiten die Kontrolle über das Land ausübte, immer wieder unter Beweis stellt, dass es demokratische Abwege nicht duldet. Dass dies zumindest außenpolitisch einen delikaten Balanceakt erfordert, kann nicht verwundern. Der Besuch Putins Anfang September 2025 in Ulaanbaatar ist ein Beispiel. Die Mongolei ist wie Armenien (seit Oktober 2023) Mitglied des Internationalen Strafgerichtshofs. Dass Putin den Besuch absolvieren konnte, ohne im Sinne des gültigen Haftbefehls gegen ihn behelligt worden zu sein, stellt eine klare Verletzung der völkerrechtlichen Pflichten der Mongolei dar, was ihr deutliche Kritik des Gerichtshofs eintrug. Anders als Ungarn, das im April 2025 ebenfalls einen per Haftbefehl gesuchten Regierungschef empfing, den israelischen Ministerpräsidenten Netanjahu, hat allerdings die Mongolei den Gerichtshof danach nicht verlassen. Der Besuch dokumentiert folglich auch, dass Regimevarianz offenbar unter Kontrolle gehalten werden kann, wenn sie nicht mit einem geostrategischen Positionswettbewerb einhergeht. Diesem Prinzip ist die Mongolei in ihrer gesamten postsowjetischen Geschichte gefolgt, unter Einschluss auch ihrer Politik des „dritten Nachbarn“, will heißen dem Ausbau der Beziehungen zur EU und zu den USA. In Europa firmierte diese Haltung einst unter dem Begriff der „Finnlandisierung“.

Hinzu kommt bei der Mongolei die Resilienz der demokratischen Ordnung, die sich in konstanten und konstant guten Werten des Demokratie-Status niederschlägt. Dies fußt auf gesicherten Außengrenzen und ethnischer Homogenität sowie von Anbeginn auf einem stabilen Parteiensystem, das anders als in den zentralasiatischen Ländern den direkten Übergang lokaler kommunistischer Parteifunktionäre in die neue Ära verbaute. Hinzu kommen begrenzte Rohstoffressourcen und damit eine Vermeidung des Ressourcenfluchs vieler schwacher Staaten sowie eine vitale Zivilgesellschaft mit lokaler Selbstorganisation und der immer wieder bekundeten Bereitschaft, sich gegen Versuche politischer Usurpation zur Wehr zu setzen.

Das Bild der neun Autokratien in der Region ähnelt dem der vier Demokratien insoweit, als auch sie im BTI 2026 beim Demokratie-Status kaum Veränderungen aufweisen. Zwei Länder weichen davon ab. Aserbaidschan, das -0,23 Punkte auf einen Score von 3,35 einbüßt, und Russland, das

sich mit neuerlichen -0,20 Punkten und einem Score von 3,32 weiter den beiden – unveränderten – Schlusslichtern Tadschikistan und Turkmenistan nähert. Bei Aserbaidshan schlägt zu Buche, dass die Wiedererlangung seiner territorialen Integrität nicht in eine politische Öffnung mündete, diente das Ringen um Bergkarabach doch 30 Jahre zur Legitimation der harschen Kontrolle nach innen und der Aufrüstung nach außen. Im Gegenteil: Während auf der armenischen Seite die Niederlage zwar eine Protestwelle auslöste, aber wenig bis nichts an der demokratischen Ordnung änderte, löste umgekehrt der Sieg in Baku eine Repressionswelle aus, der mit willkürlichen Verhaftungen die wenigen verbliebenen unabhängigen Journalisten und Oppositionellen zum Opfer fielen.

In Russland wiederum ist der seit 2022 massiv verschärfte Repressionskurs gewiss auch dem nicht enden wollenden Krieg in der Ukraine zuzuschreiben. Erinnert sei nur an die tägliche Hetze gegen äußere und innere, tatsächliche und imaginierte Feinde durch Fernsehclaqueure wie Solowjow, Popow, Kisseljow, Mardan oder Simonjan und Skabjew. Sie haben ähnlich wie die ultrapatriotischen Kriegskommentatoren in den sozialen Medien einen Freibrief, der allerdings vor dem sakrosankten Oberkommandierenden und seinen legendären Fehlleistungen Halt machen muss. Auch wenn der Krieg als Treibsatz wirkt, hat sich die Repression über die Jahre propagandistisch und mit immer neuen Gesetzesinitiativen derart im Staatsapparat verfestigt, dass es schwer werden dürfte, dies zu überwinden, sollte der Krieg – oder auch das Regime des Putinismus – einmal enden.

Im Unterschied dazu sind unabhängige Medien völlig verschwunden und können nur mehr aus dem Ausland operieren. Das Internet verschwindet sukzessive hinter einer der chinesischen nachempfundenen russischen Mauer. Die 2015 aufgelegte Liste der „unerwünschten Organisationen“ aus dem Ausland umfasste im Juni 2025 bereits 232 Organisationen, darunter aus Deutschland alle politischen Stiftungen, das Moskauer Historische Institut, die DGAP und die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde. Bei ihnen ist jeglicher Kontakt strafbewehrt. Die bereits 2012 eingeführte Stigmatisierung als „ausländischer Agent“ umfasst mittlerweile 550 Organisationen und seit 2020 auch Privatpersonen, die „vom Ausland unterstützt oder beeinflusst werden“. Deren Daten sind zur Förderung ultrapatriotischer Anschläge öffentlich zugänglich, und es gibt immer wieder parlamentarische Vorstöße, deren Eigentum in Russland einzuziehen. Nach Angaben der NRO OVD-Info gab es allein zwischen 2022 und Mitte 2024 insgesamt 1.662 politisch motivierte Strafverfahren, ferner 9.517 verhängte Ordnungswidrigkeiten wegen „Diskreditierung der Armee“.

Wenn es neben der Repression noch eines Beweises bedurft hätte, dass Russland Einzug in den Club der harten Autokratien gehalten hat, so sind es die letzten Präsidentschaftswahlen im März 2024, die sich nahtlos in den Reigen der gleichgesinnten Potentaten einfügen. Mit diesen Wahlen begann 2024 für Putin im Alter von (fast) 72 Jahren die erste jener beiden sechsjährigen Amtszeiten, die er sich in einem Last-Minute-Coup bei der Verfassungsreform 2020 gesichert hatte.

Tab. 2: Präsidentschaftswahlen in den Autokratien der Region

	Datum	Sieger	Ergebnis	Wahlbeteiligung
Belarus	Januar 2025	Aljaksandr Lukaschenka	86,9%	85,7%
Russland	März 2024	Wladimir Putin	88,5%	77,5%
Aserbaidshan	Februar 2024	Ilham Alijew	92,1%	76,3%
Usbekistan	Juli 2023	Schawkat Mirsijojew	87,7%	80,0%
Kasachstan	November 2022	Kassim-Schomart Tokajew	81,3%	69,4%
Turkmenistan	März 2022	Serdar Berdimuchamedow	73,0%	97,2%
Kirgisistan	Januar 2021	Sadyr Dschaparow	79,8%	39,2%
Tadschikistan	Oktober 2020	Emomalij Rahmon	92,1%	85,4%

Georgien wählt den Präsidenten nicht direkt. Hier wurde im Zeichen massiver Proteste am 14. Dezember 2024 Micheil Kawelaschwili von einer Wahlversammlung aus dem Parlament und Regionalvertretern gewählt.

In der Vergangenheit wurde in Russland immerhin noch das Simulakrum einer Wahl inszeniert – jetzt reichte es nur noch zu einem detailliert geplanten und gesteuerten Kriegsplebiszit. Beobachter der OSZE sind schon länger nicht mehr zugelassen, obwohl Russland anders als beim Europarat in dieser Organisation verharret.

Wie ernst diese „Wahlen“ von ihren Kandidaten genommen werden, demonstriert nicht zuletzt das Beispiel Aljaksandr Lukaschenkas in Belarus. 2020 hatte er mit bemerkenswerter Unverfrorenheit die Präsidentschaftswahl gestohlen, was damals die größten Protest- und anschließenden Repressionswellen aller belarussischen Zeiten ausgelöst hatte. 2025 zeigte er sich dagegen demonstrativ desinteressiert, wie der BBC-Korrespondent Steve Rosenberg vor Ort berichtete: „Ich verfolge die Wahlkampagne nicht. Ich habe dafür keine Zeit“, verkündete Lukaschenko am 26. Januar 2025 den Arbeitern des Minsker Automobilwerks.

Während 2024 das Jahr mit den weltweit meisten Wahlen in der Geschichte war und die Amtsinhaber in den führenden Demokratien von ihren Wählern gerupft wurden wie nie zuvor in den vergangenen 100 Jahren, waren die Autokraten der Region von solchen Befürchtungen nicht geplagt. Ihre Sorge galt der erfolgreichen Orchestrierung ihrer Nachfolge, wobei das Wählervotum lediglich ein schmückendes Beiwerk – *comme il faut* – darstellt.

Wie delikat diese Nachfolgeregelungen auch unter autokratischen Prämissen sind, zeigt nicht nur das Beispiel Turkmenistan, wo 2022 der vermeintlich sicherste Weg dynastischer Erbfolge eingeschlagen worden war, als Gurbanguly Berdimuchamedow seinen Sohn Serdar als Nachfolger installierte. Er selbst behielt die eher dekorative Position als Sprecher des Oberhauses. Als jedoch Serdar eigene Vorstellungen zur Amtsführung offenbarte, ein Kabinettsrevirement durchführte und Vertraute seines Vaters entließ, reagierte dieser und veranlasste eine weitere Parlamentsreform: Aus dem erst 2021 eingeführten Zwei-Kammer-Parlament, wurde durch Wahlen im März 2023 ein mit nahezu unbegrenzten (Überwachungs-)Kompetenzen ausgestattetes Ein-Kammer-Parlament, dem er selbst vorsitzt. Damit waren die Machtverhältnisse wiederhergestellt.

Auch der Versuch des kasachischen Präsidenten Nasarbajew, sich nach der Amtsübergabe an seinen Nachfolger, dem damaligen Ministerpräsidenten Tokajew, als Führer der Nation („Elbasy“) die ultimative Kontrolle zu sichern, schlugen fehl. Dies mündete im Januar 2022 in einen veritablen Volksaufstand mit 238 Toten, den Tokajew nutzte, um sich Nasarbajew und seiner Handlanger zu entledigen. Das von einigen Autokraten in der Region als Vorbild idealisierte kasachische Nachfolgemodell war offenkundig gescheitert – und Tokajew sicherte sich in vorgezogenen Präsidentschaftswahlen im November 2022 und Parlamentswahlen im März 2023 mit den aus der Nasarbajew-Ära vertrauten Methoden komfortable Stimmergebnisse sowie das Mandat, nunmehr auch die Nasarbajew-Seilschaften durch die eigenen zu ersetzen. Das allerdings hinderte Putin nicht, sich weiter regelmäßig mit Nasarbajew zu treffen, 2023 und 2024 „absolut privat“ in seiner Residenz in Nowo-Ogarjewo, am 29. Mai 2025 jedoch ganz offiziell im Kreml – auch das ein Signal an Tokajew.

In Usbekistan war mit der Installierung von Schawkat Mirsijojew, dem langjährigen Ministerpräsidenten Islam Karimows, ein ähnliches Modell verfolgt worden – allerdings erst nach dessen Tod (was dem Familienclan und seinen Wirtschaftsinteressen schon am Beginn das „Dach“ entzog). Mirsijojew seinerseits entschied sich 2022 für das Putin-Modell einer maximalen Amtszeitverlängerung, und er folgte dem Skript anderer Autokraten und installierte seine Familienmitglieder in allen erdenklichen Positionen. Diese indes beanspruchten nicht nur einträgliche Sinekuren, sondern verfolgten offenkundig auch politische Ambitionen, einschließlich einer möglichen Nachfolge des bald 68-jährigen Präsidenten. Dies gelangte ans Tageslicht, als im Oktober 2024 ein Attentatsversuch auf Komil Allamjonow verübt wurde, wenige Wochen nachdem er als Leiter der Informationsabteilung der Präsidialverwaltung zurückgetreten war. Er gilt als Architekt der neuen liberaleren Medienpolitik in Usbekistan und war politisch mit Mirsijojews ältester Tochter Saida verbunden, die damals eine seiner früheren Positionen als stellvertretende Leiterin der Präsidialadministration innehatte (und im Juni 2025 sogar zur Leiterin aufstieg). Mirsijojews jüngste Tochter Schachnosa wiederum, ebenfalls mit einem Amt als stellvertretende Leiterin der Agentur für Soziale Sicherheit ausgestattet, ist vor allem mit einem höchst ambitionierten Gatten, Otabek Umarow, verheiratet. Dieser war zum Zeitpunkt des Attentats nicht nur stellvertretender Leiter des präsidialen Sicherheitsdienstes, sondern hatte auch einen beträchtlichen Reichtum angehäuft und galt als Intimfeind von Allamjonow und dessen Medienpolitik. Dass er wenig später diesen Posten einbüßte und mit ihm auch andere ihm verbundene hochrangige Sicherheitsbeamte gehen mussten, vollendet die intrigante Seifenoper in Mirsijojews Familienclan. Gleich ob in einem dynastischen Herrschaftsmodell oder einem autokratisch-bonapartistischen, es bleibt das strukturelle Dilemma der Autokratien, dass Herrschaft in hohem Maße personalisiert ist, mit den Autokraten folglich ebenso steht und fällt wie die Clan-Netzwerke, die sich um sie herum bilden.

Wirtschaftliche Transformation

Bei der ökonomischen Transformation gibt es nur einen Kategorienwechsel: Usbekistan steigt nach einem seit 2014 kontinuierlich anhaltenden Aufwärtstrend mit +0,25 Punkten und einem Score von 5,04 knapp über die Schwelle zur „eingeschränkten“ wirtschaftlichen Transformation. Diese mittlere Gruppe umfasst damit zehn Länder. In ihr verzeichnen die beiden Demokratien Armenien und Mongolei die deutlichste Verbesserung: Armenien um 0,46 Punkte (auf 6,79) und die Mongolei um 0,36 (auf 6,21). Damit setzt sich der im BTI 2024 verzeichnete Aufwärtstrend fort, nachdem bei beiden die Entwicklung in den Jahren davor stagniert hatte. Die beiden anderen Demokratien der Region, Moldau und die Ukraine, weisen dagegen keine bzw. eine nur marginale Veränderung auf, bei der Ukraine sind dies -0,04 Punkte (auf 5,93), womit der dramatische Absturz durch Russlands Angriffskrieg im BTI 2024 allmählich ausläuft.

Russland, das im BTI 2024 im Zuge des von ihm entfachten Kriegs gegen die Ukraine ebenfalls drastische Einbußen zu verzeichnen hatte, konnte sich mit -0,07 Punkten (auf 4,86) ähnlich konsolidieren. Sein Ko-Aggressor Belarus, der ebenso wie Russland im Zuge des Kriegs mit (weiteren) westlichen Wirtschaftssanktionen belegt worden war, kehrt dagegen seine (weniger drastischen) Verluste aus dem BTI 2024 mit +0,14 (auf 5,18) um. Bei den übrigen Autokratien der Region gibt es hingegen keine oder nur geringfügige Veränderungen, die sich zwischen +0,07 Punkten (auf 5,46) bei Kirgisistan und -0,07 Punkten (auf ebenfalls 5,46) bei Aserbaidshan bewegen. Auch ohne Veränderung konnte dabei Kasachstan mit einem Score von 6,14 als einzige Autokratie seine Position im Spitzenfeld der Länder mit „eingeschränkter“ Wirtschaftstransformation bekräftigen.

Dieser Befund korrespondiert mit den Daten zum Wirtschaftswachstum, ohne indes deckungsgleich zu sein, denn der BTI-Status reflektiert umfassender die Wirtschaftspolitik der fraglichen Länder, die im Regelfall BIP-Wachstum stimulieren will, dieses aber nicht beliebig steuern kann und oft an strukturellen Hürden scheitert. So sind zum Beispiel externe Schocks ein – selten vorhersehbarer – intervenierender Faktor. Ein solcher war Russlands Aggression gegen die Ukraine mit ihren zerstörerischen und restriktiven Folgen. Davon sind vier Länder negativ betroffen. Russland selbst, aber auch Moldau und Belarus sowie mit weitem Abstand am stärksten die Ukraine.

Tab. 3: Reales BIP-Wachstum zu Marktpreisen in konstanter Lokalwährung (in Prozent)

	2022	2023	2024
Zentralasien			
Kasachstan	3,2	5,1	4,9
Kirgisistan	9,0	6,2	6,8
Tadschikistan	8,0	8,3	6,7
Turkmenistan	6,2	6,3	2,3
Usbekistan	6,0	6,3	5,9

	2022	2023	2024
Kaukasus			
Armenien	12,6	8,3	4,5
Aserbaidshjan	4,7	1,1	3,5
Georgien	11,0	7,8	6,0
Osteuropa			
Belarus	-4,7	3,9	2,8
Moldau	5,0	0,8	0,6
Russland	-2,1	3,6	1,5*
Ukraine	-28,8	5,3	2,0

* Offizielle russische Daten weisen für 2024 abweichend ein BIP-Wachstum von 4,3% aus.

Quellen:

2022 und 2023: The World Bank. World Development Indicators 2025 (<http://databank.worldbank.org/data/reports.aspx?source=2&series=NY.GDP.MKTP.KD.ZG>)

2024: International Monetary Fund (www.imf.org/external/datamapper/NGDP_RPCH@WEO/OEMDC/ADVEC/WEOWORLD/ARM)

Die Tabelle dokumentiert, dass es neben den Verlierern eine ganze Reihe von Kriegsgewinnern gibt, die sich im Südkaukasus sowie in Zentralasien konzentrieren, wo ein stabiles mehrjähriges Wirtschaftswachstum zu verzeichnen ist (wenngleich die Datenerfassung nicht durchgängig zuverlässig ist, so dass etwa der IWF seit 2024 im Falle Turkmenistans auf die Nutzung nationaler Angaben verzichtet). Auch bei den Kriegsgewinnern spielt Russland direkt und indirekt eine Schlüsselrolle. Dabei sind drei Faktoren von Bedeutung: (1) die russischen Aktivitäten zur Umgehung der westlichen Sanktionsschranken, etwa durch die sogenannten „Parallelimporte“, (2) die russische Emigration (einschließlich der Verlagerung russischer Firmen, etwa aus dem IT-Sektor) und (3) der 2022 ausgelöste und bis Anfang 2025 währende Boom bei den Energiepreisen. Während Russlands Wirtschaftsbeziehungen mit den OECD-Staaten nach 2022 zusammenbrachen, intensivierten sie sich nicht nur mit China oder Indien, sondern vor allem auch mit seinen Nachbarn. Die politische Wirkung war insofern widersprüchlich, als das dadurch beförderte Wirtschaftswachstum in Zentralasien und Armenien die politische Ordnung dieser Länder – autokratisch bzw. demokratisch – konsolidierte, während in Georgien das Gegenteil passierte: Der Russland-Boom verstärkte die autoritären Tendenzen der politischen Führung in Tbilissi.

(1) Von den „Parallelimporten“ profitierten in erster Linie die Mitglieder der Eurasischen Wirtschaftsunion (EWU), vor allem aber Armenien und Kirgisistan sowie – Georgien. Die EWU bietet einen legalen Rahmen, um durch Reexporte Waren nach Russland zu schleusen, der sowohl von westlichen Firmen als auch von Mittelsmännern in den EWU-Mitgliedstaaten weidlich genutzt wurde und wird. Während folglich der direkte Handel der EU mit Russland zum Erliegen kam, wuchs er mit Ländern wie Kirgisistan und Kasachstan drastisch an, einschließlich sanktionierter Güter. Firmen in China verfahren insofern ähnlich, als sie zur Vermeidung von (amerikanischen) Sekundärsanktionen kritische Güter ebenfalls über Zentralasien nach Russland schleusen.

Georgien ist als Relaisstation dieses Handels ein plastisches Beispiel. Der Ablauf lässt sich vorzüglich am Beispiel des Autohandels, genauer des Reexports von Fahrzeugen, illustrieren. Schon vor dem Krieg spielten solche Reexporte dank der geografischen Lage Georgiens eine gewisse

Rolle. Sie betrafen allerdings überwiegend Gebrauchtfahrzeuge und machten zwischen 2015 und 2021 nach Angaben des German Economic Team etwa 12 Prozent der georgischen Exporte aus, überwiegend nach Russland. Es gab folglich etablierte Kanäle, die es ermöglichten, diesen Reexport 2023 – jetzt überwiegend von Neufahrzeugen – auf über 35% aller georgischen Exporte zu steigern – im Zuge der EU-Sanktionen, die im Sommer 2023 den KFZ-Export nach Russland untersagten. Da Georgien sich verpflichtet hatte, Sanktionsumgehungen zu unterbinden (ohne sich den westlichen Sanktionsregimes anzuschließen), wurden die Handelswege nach Russland schlicht umgeleitet. So stieg der Anteil von Kirgisistan, Kasachstan und Armenien an diesen Reexporten von 10 Prozent im Jahre 2021 über 71 Prozent im Jahre 2023 auf 82 Prozent Mitte 2024. Wertmäßig machten diese Exporte in der georgischen Bilanz 2023 \$1,95 Milliarden und 2024 bereits \$2,43 Milliarden aus. Dabei ist zu berücksichtigen, dass dies lediglich die Spitze des Eisbergs darstellt, denn ein großer Teil dieses Handels vollzieht sich in der Grauzone, die auch die Fahrzeuge aller Klassen passieren, wenn sie sich auf den langen Weg von Georgien nach Kirgisistan machen. Mit der wachsenden Popularität georgischer Güter, wie von offizieller Seite in Tbilissi behauptet, hat das rein gar nichts zu tun, wohl aber mit der Nonchalance westlicher Produzenten, die genau wissen, was mit ihren Fahrzeugen geschieht.

Tab. 4: Entwicklungsstand der wirtschaftlichen Transformation

weit fortgeschritten	fortgeschritten	eingeschränkt	stark eingeschränkt	rudimentär
Werte 10 bis 8	Werte < 8 bis 7	Werte < 7 bis 5	Werte < 5 bis 3	Werte < 3
		Armenien	Russland	Turkmenistan
		Mongolei	Tadschikistan	
		Kasachstan		
		Republik Moldau		
		Georgien		
		Ukraine		
		Aserbaidshan		
		Kirgisistan		
		Belarus		
		Usbekistan ▲		

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2026. Die Länder sind entsprechend ihrer Bewertung des wirtschaftlichen Transformationsstands angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2024.

(2) Ein ähnlicher Schub ging von der russischen Emigration aus, wobei hier neben Georgien (und Usbekistan) dank des erleichterten Zugangs ebenfalls in erster Linie die EWU-Mitglieder profitierten, aber auch entferntere Länder wie die Türkei und Serbien. Die Angaben sowohl zu den Gesamtzahlen als auch zum Verlauf und zu den Zielländern schwanken erheblich, zuverlässige Daten fehlen. Von den schätzungsweise 900.000 Emigranten befinden sich noch etwa 600.000 Russen im Ausland. Nach Angaben des Freeman Spogli Instituts der Stanford Universität vom Mai 2024 befindet sich davon etwa die Hälfte in Kasachstan (146.000), Georgien (60.000), Armenien (42.000) und Kirgisistan. Ein signifikanter Anteil entfällt mit mehr als 40.000 auch auf Usbekistan, dessen „IT-Park“ mit der Ausgabe dreijähriger „IT-Visa“ eine beträchtliche Zahl

von IT-Spezialisten angezogen hat, ähnlich wie Kasachstan mit seinem „Astana Hub“.² Es handelt sich folglich bei der Emigration nicht allein um einen Brain-Drain, vielmehr haben russische Firmen in diesen Ländern Dependancen errichtet, die nach wie vor den russischen Markt bedienen. Da es sich bei den Emigranten vielfach um junge Menschen mit Universitätsabschlüssen handelt, die in technologisch anspruchsvollen Berufen arbeiteten, liegt der positive Effekt für die Zielländer auf der Hand und schlägt sich in ihren 2022 sprunghaft gestiegenen Wachstumszahlen nieder (wobei der damit einhergehende Inflationsdruck unter Kontrolle gehalten werden konnte).

Auf der anderen Seite profitieren die Länder Zentralasiens und des Kaukasus auch von der umgekehrten (Arbeits-)Migration (vornehmlich) nach Russland und deren Transfers. Allerdings geht die Zahl der Migranten und damit auch das Volumen ihrer Transfers langsam zurück, hat allerdings in Ländern wie Tadschikistan mit 38,4 Prozent des BIP und Kirgisistan mit 20,4 Prozent des BIP immer noch eine große Bedeutung.

Tab. 5: Überweisungen in die Herkunftsländer (in Prozent des BIP)

	2022	2023
Zentralasien		
Kasachstan	0,2	0,1
Kirgisistan	27,9	20,4
Tadschikistan	49,9	38,4
Turkmenistan	./.	./.
Usbekistan	17,2	13,9
Kaukasus		
Armenien	10,4	6,0
Aserbaidshan	5,0	2,6
Georgien	15,6	13,7
Osteuropa		
Moldau	14,0	12,2

Quelle: The World Bank. World Development Indicators 2024 (<http://databank.worldbank.org/data/reports.aspx?source=2&series=BX.TRF.PWKR.DT.GD.ZS>)

Die Lage der Arbeitsmigranten hat sich nach dem Anschlag tadschikischer Terroristen auf die Krokus-Stadthalle in Moskau am 22. März 2024 mit über 130 Toten drastisch verschlechtert. Deportationen waren die Folge. Sie summierten sich nach Angaben der russischen Nachrichtenagentur TASS 2024 auf 80.000. Ferner bemühten sich die russischen Behörden mit einer Mischung aus Anreizen und Druck darum, aus dem Pool der Arbeitsmigranten Kriegsfreiwillige zu rekrutieren, was ebenfalls den Abwanderungsdruck verstärkte. Beides hat wiederholt Anlass zu Klagen der zentralasiatischen Herkunftsländer gegeben, so etwa im Juni 2025 durch das usbekische Außenministerium, das eine respektvolle Behandlung seiner Bürger einforderte.

² Die Informationsagentur The Bell kam mit eigenen Ermittlungen zu abweichenden Zahlen. Danach befanden sich Mitte 2024 insgesamt noch 650.000 Russen im Ausland, davon 110.000 in Armenien, 80.000 in Kasachstan, 73.600 in Georgien und 12.600 in Kirgisistan. Usbekistan taucht in dieser Statistik nicht auf.

(3) Der dritte indirekt wirkende Faktor ist der Boom bei den Energiepreisen, der 2022 unmittelbar nach der Invasion einsetzte. Bewegte sich der Ölpreis (WTI) in den Jahren vor der russischen Vollinvasion in der Ukraine in einem Korridor zwischen \$20 und \$65 für das Barrel, so stieg er 2022 sprunghaft an, auf in der Spitze \$116 das Barrel. Zwar ging der Preis danach zurück, blieb aber in einem Korridor zwischen \$65 und \$85 das Barrel – bis Anfang 2025, als er unter diese Marke fiel und im Mai 2025 nur mehr \$57 erreichte.

Von diesen Preissprüngen profitierten die Öl- und Gasexporteure wie Aserbaidtschan, Kasachstan, Turkmenistan und in geringerem Maß auch Usbekistan noch weit mehr als Russland, das nach Verhängung der westlichen Sanktionen auf der Suche nach neuen Absatzmärkten in China, Indien und der Türkei Preisanreize bieten musste und bei den Gasexporten an Kapazitätsgrenzen stieß. Auf der anderen Seite stellen die Preissteigerungen Importländer wie Armenien oder Moldau vor erhebliche Probleme.

Bei Turkmenistan und Aserbaidtschan belaufen sich die Exporterlöse der Energieträger jeweils auf über 90 Prozent aller Exporte, bei Kasachstan sind dies etwa 50 Prozent. Turkmenistan exportiert in erster Linie Erdgas und dies vor allem nach China, dessen Bezüge sich von 32 Milliarden Kubikmetern (m³), dem Tiefpunkt während der Corona-Krise, auf 47 Mrd. m³ Ende 2023 um 70 Prozent erhöht haben. Aserbaidtschan exportiert sowohl Erdgas als auch Erdöl, wobei sich die Erlöse beim Erdgas zwischen 2021 (\$5,56 Milliarden) und 2023 (\$13,68 Milliarden) mehr als verdoppelt haben. Hinzu kamen Erdölexporte im Volumen von \$14,99 Milliarden im Jahre 2023. Diese Exporte gehen zu einem erheblichen Teil in die EU, mit der Baku eine „strategische Energiepartnerschaft“ abgeschlossen hat, die bis 2027 eine Ausweitung der Gasbezüge auf 20 Milliarden m³ vorsieht (2024 waren es 12 Milliarden m³), um die Abhängigkeit von Russland abzubauen. Allerdings stoßen diese Pläne an die Kapazitätsgrenzen des Südlichen Gaskorridors, die sich auf weniger als 20 Milliarden m³ belaufen, und es gibt angesichts der starken Verhandlungsposition, in der sich Baku auch hier wähnt, erhebliche Friktionen zur Erweiterung der Pipeline-Kapazitäten. Immerhin verfügt Aserbaidtschan damit über eine direkte Anbindung an (Süd-)Europa, und es ist ihm sogar gelungen, im März 2025 eine direkte Pipeline-Anbindung von der Türkei an seine Exklave Nachitschewan zu eröffnen und sich damit vom Iran abzukoppeln. Kasachstan ist dagegen unverändert auf das russische Terminal in Noworossijsk am Schwarzen Meer angewiesen, das angesichts des Kriegs in der Ukraine und so mancher russischer Willkür (2022 wurde das Terminal zweimal mit fadenscheinigen Begründungen geschlossen) mit erheblichen Unsicherheiten behaftet ist.

Klar ist, dass die massive Steigerung der Einnahmen bei den Petrostaaten den Reform- und Diversifizierungsdruck ebenso massiv gesenkt hat. Fossile Energieträger bleiben das Standbein, auch wenn in Aserbaidtschan „Peak Oil“ erreicht und überschritten ist, das heißt beim Erdöl die Fördervolumina sinken. Die Dominanz fossiler Träger gilt selbst für den eigenen Energiesektor: So betrug etwa 2022 in Aserbaidtschan der Anteil von Erdgas bei der Stromerzeugung immer noch 93 Prozent.

Ist die Abhängigkeit der Energieexporteure von Öl und Gas signifikant, so kommt beim Importeur Armenien die Abhängigkeit von einem Land – Russland – hinzu. Russland stellt 85 Prozent des Erdgases zur Verfügung und betreibt das einzige Atomkraftwerk, das etwa ein Drittel des in Armenien verbrauchten Stroms produziert, von anderen Liefermonopolen (wie Getreide) ganz zu schweigen. Dass Russland immer wieder signalisiert, diese Abhängigkeit politisch zu instrumentalisieren, liegt angesichts der imperialistischen Grunddisposition des Kremls auf der Hand.

Mit diesem Problem ist Moldau bereits seit Jahren konfrontiert. So kürzte Gasprom im Oktober 2022 seine Gaslieferungen, von denen Moldau damals vollständig abhängig war, um 30 Prozent. Zeitgleich mussten im Zuge der russischen Angriffe auf die Energieinfrastruktur die Strombezüge aus der Ukraine eingestellt werden. Die Folge waren eine hektische Suche nach alternativen Bezugsquellen und Preissprünge, die Chişinău nur mit Mühe unter Einsatz erheblicher Haushaltsmittel und dank westlicher Hilfskredite auffangen konnte. Insofern war Chişinău vorwarnend, als Gasprom zum 1. Januar 2025 unter Verweis auf den ukrainischen Transitstopp, vor allem aber auf vermeintlich aufgelaufene Schulden Moldaus seine Lieferungen komplett einstellte. Da Moldau seine Bezugsquellen in der Zwischenzeit über Bulgarien und Rumänien diversifiziert hatte, traf dies direkt vor allem Transnistrien, wo in der Tat mitten im Winter ein Energienotstand ausbrach. Indirekt war aber auch Moldau betroffen, denn mit dem russischen Gas wird in Transnistrien ein Elektrizitätswerk betrieben, aus dem Moldau zwei Drittel seines Stroms bezog. Dieser musste nunmehr aus Rumänien importiert werden, was nicht nur die Leitungen überlastete, sondern auch neuerliche Preissprünge auslöste. Im Vorfeld der Parlamentswahlen im September 2025 schafft die damit verbundene Unzufriedenheit in der Bevölkerung einen fruchtbaren Boden für die russophile Agitation, die billiges Gas schon in der Vergangenheit zur prominentesten Wahlkampfparole erhoben hatte.

Auf die Entlastung, von der die Kriegsgewinner profitierten, kann Moldau ebenfalls nicht rechnen. Es konnte so gut wie keine finanziell potenten russischen Migranten aufnehmen, sondern muss in erheblichem Umfang schutz- und hilfsbedürftige ukrainische Kriegsflüchtlinge beherbergen. Nach Angaben des UNHCR waren dies im September 2024 noch 123.730 (und damit 5 Prozent der Bevölkerung). Und „Parallelexporte“ entfallen dort ebenfalls, auch wenn Moldau sich erst im Frühjahr 2023 offiziell dem EU-Sanktionsregime angeschlossen hat.

Positiv wie negativ bleibt Russland folglich die Drehachse der Wirtschaft im insoweit sprichwörtlichen post-sowjetischen Raum. So wichtig Russland und sein Markt für die Länder in seiner Nachbarschaft ist, so erstaunlich war und ist aber auch seine eigene Widerstandsfähigkeit gegen die westlichen Sanktionen. Deren Umfang ist präzedenzlos, erreichte Anfang 2025 mehr als 24.000 und steigt weiter an. Allerdings: In mehrfacher Hinsicht haben die Sanktionen des Westens ihr Ziel verfehlt. Weder wirkte die Drohung mit Sanktionen im Vorfeld der Aggression abschreckend, noch bewirkten sie einen politischen Sinneswandel in Moskau. Und sie verfehlten zumindest kurz- und mittelfristig das Ziel, der russischen Wirtschaft signifikanten Schaden zuzufügen, auch wenn nach jeder neuen Runde in Russland eine – vorübergehende – Anpassungskrise ausbrach. Das hängt auch damit zusammen, dass das Sanktionsregime deutliche Lücken aufweist und namentlich bei den Öl- und Gasbezügen nur sehr verzögert – und nur halbherzig – in Kraft gesetzt wurde. So sind die Gasbezüge aus Russland bis heute von der EU nicht sanktioniert; 2024 etwa bezog Europa noch 49 Milliarden m³ über die Pipelines durch die Ukraine und das Schwarze Meer und 24 Milliarden m³ Flüssiggas (LNG). Und auch bei den prinzipiell sanktionierten Öllieferungen gibt es für einzelne EU-Mitglieder Ausnahmeregelungen. Auch ist der Wirkungsbereich der Sanktionen begrenzt geblieben, woran zunehmende Sekundärsanktionen nichts geändert haben. Neben den russischen Partnern in der EWU haben Länder wie die Türkei, Indien und vor allem China die Chancen genutzt, die sich aus Rückzug und Verzicht des Westens eröffnet haben. So stieg der Warenverkehr mit China von \$139 Milliarden im Jahre 2021 auf \$245 Milliarden 2024, allerdings ohne dass China in nennenswertem Umfang in Russland investieren würde.

Die Wirtschaftsdaten, soweit angesichts verschärfter Verschlussregelungen verfügbar, weisen jedenfalls nach dem Einbruch 2022 bis Anfang 2025 ein solides Wachstum aus. Angetrieben wird dies zum einen von den Exporteinnahmen, auf die angesichts der globalen Bedeutung Russlands als Rohstofflieferant nicht verzichtet werden kann. So beliefen sich 2024 nach Angaben des Moskauer Gaidar-Instituts die Exporteinnahmen auf \$417 Milliarden (bei Importen in Höhe von \$294 Milliarden). Allerdings waren dazu dank der Sanktionen auch beträchtliche Investitionen erforderlich, etwa \$10 Milliarden für den Erwerb der Nutzungsrechte von 350 Tankern der sogenannten „Schattenflotte“ nach Einführung der westlichen Preisobergrenze von \$60 pro Barrel auf die russischen Ölexporte. Hinzu kommen die Preisabschläge, die Russland einer Reihe von Abnehmern gewähren musste und in geringerem Umfang bis heute gewähren muss.

Daneben gibt es jedoch auch binnenwirtschaftliche Wachstumstreiber wie die beständig angestiegenen Rüstungsausgaben, deren Höhe allerdings nur geschätzt werden kann. Sie belaufen sich im Haushalt 2025 nach Angaben von SIPRI auf mindestens \$160 Milliarden, was annähernd 8% des BIP (und etwa 40% des Budgets) entspricht. Ein weiterer Faktor ist die Steigerung der Realeinkommen, nachdem diese von 2014 bis 2021 stagniert hatten. In den drei Jahren seit Beginn des Kriegs belief sich ihre Steigerung auf mehr als 17%. Auch das verdankt sich wesentlich dem Krieg, denn allein die hohen und regional variierenden Anreize für die Vertragssoldaten, deren ebenfalls ungewöhnlich hohen Gehälter und die Kompensationen für die Gefallenen belaufen sich auf nahezu 2% des BIP. Hinzu kommen Lohnsteigerungen als Folge des chronischen Arbeitskräftemangels. Da im gleichen Zug auch staatliche Subventionen für Immobilienhypotheken zur Verfügung gestellt wurden, hält sich auch die Bremswirkung der exorbitant hohen Zinsen der Zentralbank von in der Spitze 21% (im Juli 2025 auf 18% abgesenkt) in Grenzen. Sie liegen weit oberhalb der damit einzudämmenden Inflationsrate von etwa 10%. Die Kombination aus fiskalischer Expansion und monetärer Restriktion kann jedenfalls nicht dauerhaft funktionieren.

Gleichwohl war und ist Russland durch die Sanktionen mit gravierenden Wirtschaftsproblemen konfrontiert, die sich dank der technokratischen Manager im „ökonomischen Block“ der Regierung kurz- und mittelfristig eindämmen ließen, langfristig jedoch die Entwicklungsperspektiven des Landes verdüstern. Sergej Aleksaschenko, in den 1990er Jahren unter anderem im Vorstand der Zentralbank, hat mit zwei Ko-Autoren die Situation als „Wachstum ohne Entwicklung“ beschrieben, da die Produktion herkömmlicher Produkte und der Dienstleistungssektor expandierten, technologischer Fortschritt aber unterbleibe. Ein Indikator sind die ausländischen Direktinvestitionen, die sich nach Angaben der UNCTAD 2024 auf kaum mehr \$3,35 Milliarden beliefen – ein Rückgang um 91 Prozent im Vergleich zum Vorkriegsjahr 2021.

Auf dem Petersburger Wirtschaftsforum im Juni 2025 mehrten sich nunmehr auch die skeptischen Stimmen offizieller Wirtschaftsvertreter, die bereits für 2025 eine Rezession an die Wand malten. Und auf der Jahrestagung des Rats für Außen- und Verteidigungspolitik, jeglicher Kreml-Aversionen unverdächtig, kulminierte Ende Mai 2025 die Klagen, dass der russischen Wirtschaft bei aller Stabilität ein nachhaltiges Finanz- und Wirtschaftsmodell fehle, in der Schlussfolgerung: „Mit dem gegenwärtigen Wirtschaftsmodell werden wir weder den Krieg gewinnen noch die Welt nach dem Krieg.“

Offenkundig ist, dass entgegen den optimistisch stimmenden gesamtwirtschaftlichen Daten einzelne Branchen drastische Einbrüche zu verzeichnen haben. Das gilt etwa für den PKW-Markt. Dieser war 2022 mit nur mehr 690.000 registrierten neuen PKW drastisch eingebrochen,

erholte sich ab Frühjahr 2023 bis 2024 auf insgesamt 1,5 Millionen Einheiten, um seit Ende 2024 erneut zu schrumpfen (auf 2025 maximal erwartete 1 Million PKW-Verkäufe). Mehr noch: Von diesen Verkäufen stammten nahezu 70 Prozent aus China, ohne nennenswerte Produktion in Russland. Ähnlich verhält es sich im Flugzeugbau, wo Ersatzteile für die überwiegend westlich ausgestatteten Flotten mühsam über den internationalen Graumarkt beschafft werden müssen. Die ambitionierten und vom Staat massiv subventionierten Pläne, bis 2030 eigene Modelle im Umfang von 1.000 Exemplaren zu produzieren, sind geplatzt: In den drei Jahren bis Mai 2025 wurden nur fünf neue Passagierflugzeuge ausgeliefert. Und Russlands einziger TV-Produzent „Kvant“ ging im April 2025 bankrott – ein weiteres Beispiel gescheiterter Importsubstitution.

Auch wenn es dank der Professionalität der Wirtschaftsmanager in der Regierung und der Flexibilität und den Improvisationstalenten des Privatsektors gelang, die Schäden durch die Sanktionen einzudämmen, sind die Kosten und Risiken für eine nachhaltige Entwicklung unübersehbar. Das hindert andere in der politischen Führung, namentlich die sogenannten Silowiki in Putins engerem Zirkel, nicht, die Abkoppelung vom Westen vor allem als Chance zu porträtieren – um durch Importsubstitution endlich die eigenen Produktivkräfte zu entfesseln, wie zu den bekanntlich höchst erfolgreichen Zeiten der UdSSR. Politisch haben sie einstweilen die Oberhand, wie unter anderem die ungebremsst fortschreitenden Nationalisierungen dokumentieren: So wurde nach Angaben einer Moskauer Anwaltskanzlei zwischen 2022 und 2025 Anlagevermögen in Höhe von \$50 Milliarden verstaatlicht.

Während Russland als Aggressor vom Westen mit präzedenzlosen Sanktionen überzogen wurde – mit begrenztem Erfolg –, erhielt die Ukraine eine präzedenzlose Unterstützung – mit größerem Erfolg. Der russische Angriff traf die Ukraine mit voller Wucht. So ging ihre Wirtschaftsleistung 2022 um nahezu 30 Prozent zurück, stabilisierte sich jedoch in den folgenden Jahren mit Wachstumsraten von 5,3 (2023) und 2 Prozent (2024). Die Arbeitslosigkeit stieg (inoffiziell) auf 21 Prozent und geht seither nur langsam zurück. Die Armutsquote schnellte 2022 auf mehr als 24 Prozent empor und stieg 2023 weiter auf über 35 Prozent. Nach Angaben des UNHCR befanden sich Anfang 2025 10,5 Millionen Ukrainer:innen auf der Flucht, 3,7 Millionen als Binnenflüchtlinge und 6,9 Millionen als Flüchtlinge im Ausland. Allein 13 Prozent der Wohnungen wurden durch russische Angriffe beschädigt oder zerstört, wovon 2,5 Millionen Haushalte betroffen sind. Nach Schätzungen der Weltbank beläuft sich der Finanzbedarf für die Beseitigung der Schäden nach drei Jahren Krieg in den nächsten zehn Jahren auf \$524 Milliarden, 2,8-mal mehr als das ukrainische BIP des Jahres 2024.

Gemessen an dieser verheerenden Lage hat die Ukraine eine Widerstandskraft bewiesen, die jene Russlands weit übertrifft. Zwar musste die Regierung unmittelbar nach dem Angriff eine Reihe restriktiver Maßnahmen einführen wie Preisgrenzen für die Gasversorgung privater Haushalte, Kapitalverkehrskontrollen und feste Wechselkurse (nach einer Abwertung der Hrywnia um 25 Prozent) sowie eine Reihe von Handelsbeschränkungen für Güter und Dienstleistungen. Ferner erhöhte die Nationalbank ihre Leitzinsen Mitte 2022 auf 25 Prozent, um der Inflationsrate zu begegnen, die sich Ende 2022 auf 27 Prozent belief. Sie sank 2023 auf nur mehr 5 Prozent, stieg aber 2024 erneut auf 12 Prozent an. Im Zuge dessen erhöhte die Zentralbank die Leitzinsen nach zwischenzeitlicher Senkung Anfang 2025 erneut (auf 14,5 Prozent).

Die Stabilisierungsmaßnahmen zeigten folglich unter den extrem erschwerten Bedingungen des Kriegs Erfolg, sodass eine Reihe weiterer Lockerungen wie eine Flexibilisierung der Wechselkurse innerhalb einer bestimmten Bandbreite und ein Inflationsziel von 5 Prozent eingeführt

werden konnten. Auch beendete die Zentralbank bereits im Juni 2023 die Ausgabe von Anleihen zur Finanzierung des Haushalts, dessen Deckung nur mehr durch Staatsanleihen und externe Finanzinstrumente sichergestellt werden muss. Allerdings ist die Finanzierungslücke enorm, bei Ausgaben, die sich allein bei der Verteidigung 2024 auf 34 Prozent des BIP beliefen, der weltweit höchste Wert. Infolgedessen stieg die öffentliche Verschuldung von 70,9 Prozent des BIP 2022 auf 80,3 im Jahre 2023 und 2024 auf über 95 Prozent.

Die bi- und multilaterale Unterstützung der Ukraine hat beachtliche Dimensionen erreicht und ist inflationsbereinigt nur mit der Marshallplan-Hilfe nach dem Zweiten Weltkrieg zu vergleichen. Im Zeitraum von 2023 bis 2024 erhielt sie \$17 Milliarden an Zuschüssen und \$59 Milliarden an Darlehen, mit denen etwa 80 Prozent des Budgets gedeckt werden konnte. Nach Angaben des Ukraine Support Trackers, den das Kieler Institut für Weltwirtschaft herausgibt, stellte Europa bis Ende Februar 2025 an finanzieller, humanitärer und militärischer Unterstützung in seiner Gesamtheit insgesamt \$137,9 Milliarden zur Verfügung und stellte weitere \$97,2 Milliarden in Aussicht, bei den USA waren dies \$114,6 Milliarden.

Die westliche Unterstützung hat es zwar nicht vermocht, Russland aus der Ukraine zu vertreiben oder einer Beendigung des Kriegs zuzustimmen. Sie hat aber der Ukraine ermöglicht, mit militärischen Innovationen, etwa beim Bau und Einsatz von Drohnen jeglicher Art, kampferprobte Streitkräfte aufzubauen, die in Europa ihresgleichen suchen. Und sie sicherte die Existenz des Landes, das Putin als Kunstprodukt Wladimir Lenins am liebsten von der Landkarte tilgen würde.

Governance

Im Unterschied zum BTI 2024 mit zwei Auf- und zwei Abstufungen, hat es im BTI 2026 nur einen Wechsel bei den Kategorien für die Qualität der Governance gegeben sowie jeweils innerhalb der Kategorien einige zum Teil signifikante Verschiebungen. Dabei stehen drei Verschlechterungen – mit Georgien als negativem Ausreißer – insgesamt neun Verbesserungen gegenüber, von denen fünf deutlicher ausfallen, mit der Ukraine als Spitzenreiter. Gemeinsam mit Moldau und der Mongolei bildet sie die Gruppe mit „guter“ Regierungsführung.

So gewinnt die Ukraine erneut 0,55 Punkte, nachdem sie bereits im BTI 2024 eine Verbesserung erzielen konnte, damals um 0,73 Punkte. Im BTI 2026 erreicht die Ukraine damit den besten Wert überhaupt (6,58). Das ist nicht allein der erfolgreichen Bewältigung des Kriegs geschuldet, der prioritären Aufgabe. Vielmehr hat sich die Regierungsführung weiter konsolidiert. Beispiele sind die Einführung eines Public Investment Management (PIM) Systems mit dem Ziel, die Transparenz und Effizienz der öffentlichen Mittelverwendung zu erhöhen, sowie als Konsultationsmechanismus zwischen Regierung, Wirtschaft, Gesellschaft und den internationalen Partnern die Schaffung einer Plattform – der Europäische HUB –, der 2023–24 insgesamt 90 Veranstaltungen durchgeführt hat.

Bei Moldau ist ebenfalls eine Verbesserung zu verzeichnen, die mit +0,22 Punkten allerdings weniger deutlich ausfällt und sich vor allem der Vertiefung der internationalen Zusammenarbeit verdankt – allerdings zumeist im Krisenmodus und in westliche Richtung. Auch Moldau erreicht damit den besten Wert seit 2006 (5,91), nachdem das Land im BTI 2024 ebenfalls schon Verbesserungen aufweisen konnte, damals mit +0,70 Punkten in einer ähnlichen Größenordnung wie

die Ukraine. Beim dritten Land mit „guter“ Regierungsführung, der Mongolei, fallen wie schon im BTI 2024 die Veränderungen marginal aus: Während die Mongolei damals einen Rückgang um 0,07 Punkte verzeichnete, ist es beim BTI 2026 nunmehr eine Verbesserung um 0,07 Punkte (auf 5,90). Spätestens seit 2016 bewegt sie sich in diesem Korridor marginaler Auf- und Abwertungen.

Tab. 6: Qualität der Governance

sehr gut	gut	mäßig	schwach	gescheitert
Werte 10 bis 7	Werte < 7 bis 5,6	Werte < 5,6 bis 4,3	Werte < 4,3 bis 3	Werte < 3
	Ukraine	Armenien	Georgien ▼	Russland
	Republik Moldau	Kasachstan	Kirgisistan	Belarus
	Mongolei		Usbekistan	Turkmenistan
			Aserbaidshan	
			Tadschikistan	

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2026. Die Länder sind entsprechend ihrer Bewertung im Governance-Index angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2024.

Deutlich disparater fällt das Bild bei der Gruppe mit „mäßiger“ Regierungsführung aus. Hier kann Armenien erneut eine leichte Verbesserung verbuchen, und zwar um 0,07 Punkte (auf 5,10), die zweite nach dem BTI 2024, als das Land um 0,10 Punkte (auf 5,03) zulegte. Sie betreffen die Konfliktintensität in der armenischen Gesellschaft, die nach dem verlorenen Krieg gegen Aserbaidshan 2020 ihren Höhepunkt erreicht hatte und 2023 mit der endgültigen Eroberung Bergkarabachs und der Flucht von mehr als 100.000 ethnischen Armeniern noch einmal aufflammte. Verbesserungen zeigt aber auch die Implementierung selbst so unpopulärer Entscheidungen wie der Grenzregelung mit Aserbaidshan, ohne dabei auf repressive Instrumente zurückzugreifen, obwohl sich daran heftiger Widerstand entzündete. Kasachstan, seit geraumer Zeit die einzige Autokratie mit „mäßiger“ Regierungsführung, büßt mit -0,15 Punkten (auf 4,42) ebenfalls nur wenig ein. Tokajews Emanzipation von seinem Vorgänger Nasarbajew im Zeichen des von ihm nach dem Januar-Aufstand 2022 proklamierten „Neuen Kasachstan“, das vor allem die öffentliche Verwaltung modernisieren und die Zivilgesellschaft stärken will, bleibt damit auch hier ein rhetorisches Manöver.

Den negativen Kontrast bildet Georgien, dessen Abstieg sich mit -0,99 Punkten (auf 4,21 und damit den mit Abstand schlechtesten Wert seit 2006) stark beschleunigt fortsetzt; im BTI 2024 hatte der Rückgang bereits -0,35 Punkte betragen. Bei Georgien erfolgt daher eine Abstufung in die Gruppe mit „schwacher“ Regierungsführung. Hier haben sich im Zuge der Verfestigung der autokratischen Herrschaft signifikante Verschlechterungen in allen relevanten Dimensionen der Regierungsführung ergeben: (1) bei der internationalen Zusammenarbeit, was sich u.a. in der de-facto-Absage an die EU-Mitgliedschaft niederschlug, (2) bei der Korruptionsbekämpfung, (3) beim Umgang mit der Zivilgesellschaft, die nicht länger konsultiert, sondern marginalisiert wird, und (4) nicht zuletzt beim innergesellschaftlichen Konfliktmanagement, wo die Regierung mit wachsender Härte ausschließlich auf Repression setzt.

Die Gruppierung mit „schwacher“ Regierungsführung besteht ausschließlich aus Autokratien, denen mit Ausnahme von Georgien gemeinsam ist, dass sie im BTI 2026 überwiegend und in ähnlicher Größenordnung Verbesserungen aufzuweisen haben – abgesehen von Aserbaidschan, dessen Wert bei einem geringfügigen Rückgang um 0,07 Punkte mit 3,77 nahezu unverändert geblieben ist. Dass und warum die Regierungsführung in Aserbaidschan stagniert, lässt sich plastisch an einem Projekt höchster Priorität illustrieren: der Wiederbesiedlung der Region Bergkarabach und der von Armenien bis 2020 besetzten umliegenden Gebiete. Es sind erhebliche Summen, die dafür bereitgestellt werden: Sie bewegen sich seit 2021 in einer Größenordnung von jährlich \$2,5 Milliarden. Die Ergebnisse indes sind überschaubar – und mehr noch höchst fragwürdig. So hat das Regime allein drei architektonisch eindrucksvolle „internationale“ Flughäfen gebaut (in Fusuli, Sangilan und Lachin, also in einem Umkreis von etwa 70km). Weniger eindrucksvoll ist der Flugverkehr: In Fusuli etwa zeigte der Flight Tracker 2024 genau null Flugbewegungen. Was Wunder, haben sich doch bis 2024 erst 8.000 Aseris in der Region niedergelassen, bis Ende 2026 sollen es 40.000 werden, was auch einigen Schwierigkeiten bei der Rehabilitation Bergkarabachs und der umliegenden Gebiete, z.B. durch Minenräumung, zuzuschreiben ist. Auf jeden Fall ist ein Wettlauf aserbaidchanischer Regierungsstellen entbrannt, um von dem verfügbaren Geld möglichst viel für höchst fragwürdige Prestigeprojekte abzuzweigen, die vor allem dann eine Chance auf Verwirklichung haben, wenn sie über den Segen des Alijew-Paschajew-Clans verfügen.

Wenig besser steht es um den Friedensschluss mit Armenien, obwohl Baku seine erklärten Kriegsziele militärisch durchsetzen konnte. Zwar liegt seit März 2025 ein unterschriftsreifer (und mittlerweile paraphierter, aber vage gehaltener) Vertrag vor; doch fehlt eine abschließende Grenzregelung (einschließlich des Rückzugs aserbaidchanischer Truppen vom seit September 2022 besetzten armenischen Territorium). Auch bringt Baku immer noch Sonderwünsche vor, so einen extraterritorialen Korridor durch armenisches Gebiet zu seiner Exklave Nachitschewan, die Tilgung aller Bezüge zu Bergkarabach aus der armenischen Verfassung oder die Rehabilitation dessen, was in Baku „West-Aserbaidschan“ heißt und die armenische Region Sjunik im Süden des Landes meint. Letzteres verknüpft sich mal mit Forderungen nach Rückführung der von dort Ende der 1980er Jahre vertriebenen Aseris, mal mit nonchalanten territorialen Ansprüchen. Daran hat auch die Scharade nichts geändert, die Donald Trump am 8. August 2025 mit Alijew und Paschinjan im Weißen Haus veranstaltet hat. Sie diente vor allem dazu, an Stelle des von Baku so genannten „Sangesur-Korridors“ eine „Trump Route for International Peace and Prosperity“ nach Nachitschewan zu etablieren – und selbst diese steht bis auf weiteres nur auf dem Papier.

Allerdings: Aserbaidschan gehört zu den wenigen Ländern, denen es gelang, russische Truppen vorzeitig zum Rückzug zu bewegen, obwohl Putin im Juni 2025 bekräftigt hatte, dass überall dort Russland ist, „wo ein russischer Soldat seinen Fuß hinsetzt“. Im April 2024 jedoch zogen die russischen „Friedenstruppen“ aus Bergkarabach ab, obwohl der Waffenstillstand 2020 eine fünfjährige Stationierung vorgesehen hatte. Allerdings hatten sie ihre Schutzfunktion für die Karabach-Armenier komplett verfehlt und wurden in der Ukraine ohnehin dringender benötigt – ein weiteres Signal, wie sehr Russland angesichts des Kriegs an Einfluss- und Drohpotential eingebüßt hat. Dass auf der anderen Seite Armenien im Februar 2024 seine Mitwirkung an der OVKS suspendierte, der von Russland angeführten Organisation Kollektiver Sicherheit in der GUS, ist ein weiteres Zeichen, wie sehr sich die Gewichte im postsowjetischen Raum verschoben haben – trotz der exorbitant hohen Abhängigkeit Armeniens von Russland bei der Gas- und Stromversorgung.

Verbessert hat sich die Regierungsführung beim Spitzenreiter der Gruppierung mit „schwacher“ Regierungsführung Kirgisistan, und zwar um 0,16 Punkte (auf 4,21), nach einem Rückgang um 0,36 Punkte im BTI 2024. Es verbleibt damit knapp in der Gruppierung mit „schwacher“ Regierungsführung, in die es 2024 abgestuft wurde. Allerdings ist das Bild gemischt. Auf der einen Seite sind weitere Verschlechterungen zu verzeichnen, die dem dezidiert populistischen Regierungsstil unter der Präsidentschaft Dschaparow, der Zentralisierung der Entscheidungsverfahren im Amt des Präsidenten sowie dem repressiven Umgang mit den NGOs und deren Marginalisierung bei den Konsultationsverfahren geschuldet sind. Leicht verbessert haben sich dagegen die Korruptionsbekämpfung und die internationale Glaubwürdigkeit, bei der sich vor allem die Grenzregelung mit Tadschikistan, unterzeichnet am 13. März 2025, positiv niedergeschlagen hat. Noch im September 2022 war es zwischen beiden Ländern zu Grenzgefechten mit mindestens 400 Toten gekommen. Damit ist die 972 Kilometer lange Grenze, über die seit 2002 verhandelt wurde, einvernehmlich fixiert, auch wenn angesichts ihres komplizierten Verlaufs ein nicht zu vernachlässigendes Konfliktpotential bleibt. Komplementär dazu hat sich auch der Wert Tadschikistans im BTI 2026 ein wenig um 0,08 Punkte (auf 3,09) verbessert, nachdem auch dort im BTI 2024 noch eine Verschlechterung um 0,18 Punkte zu verzeichnen war.

Ein Motor dieser Vereinbarungen war Usbekistan, das mit dem Amtsantritt von Schawkat Mirsijojew 2016 die regionale Verständigung und Kooperation nach Jahren des erratisch-isolationistischen Kurses unter seinem Vorgänger Karimow zu einem Schwerpunkt seiner Außenpolitik gemacht hatte. In der Folge konnte auch Usbekistan die verbliebenen Grenzprobleme sowohl mit Tadschikistan (2018) als auch mit Kirgisistan (2022) einvernehmlich lösen, nachdem Usbekistan bis dahin die Grenze mit beiden Nachbarländern einseitig und höchst militant fixiert hatte (mit Kasachstan war bereits 2002 und mit Turkmenistan 2000 eine einvernehmliche Regelung getroffen worden). Symbolischer Höhepunkt dieser Verständigung war ein trilaterales Treffen der Staatschefs von Usbekistan, Kirgisistan und Tadschikistan am 31. März 2025 mit der Errichtung einer „Freundschaftsstele“ an der Schnittstelle der Grenze, wo drei Unruheprovinzen aufeinandertreffen: Usbekistans Fergana-Tal, die kirgisische Batken-Region und Tadschikistans Isfara-Distrikt. Auch diese Aktivitäten im Rahmen der usbekischen Entwicklungsstrategie haben dazu beigetragen, dass Usbekistan im BTI 2026 mit +0,18 Punkten (auf 4,10) eine weitere Verbesserung seiner Regierungsführung aufweisen konnte.

Schlusslichter sind unverändert die drei Länder mit „gescheiterter“ Regierungsführung: Turkmenistan mit einem Wert von 2,18 ohne Veränderung, Belarus, das nach dem kontinuierlichen Niedergang im BTI 2024 und 2022 zwar eine leichte Verbesserung um 0,14 Punkte (auf 2,36) aufweisen konnte, sich ansonsten aber weiter im Gleichschritt mit Russland bewegt, dessen Absturz im BTI 2024 um -0,93 Punkte im BTI 2026 mit -0,14 auf 2,41 bekräftigt wurde. War damals Putins ebenso einsame wie in jeder Hinsicht verantwortungslose Entscheidung zum Krieg gegen die Ukraine der maßgebliche Grund, so ist es jetzt die Hartnäckigkeit, mit der er ungeachtet der exorbitanten Kosten an der militärischen Verfolgung seiner Kriegsziele festhält – hemmungslose Kriegspropaganda und Repression eingeschlossen. Dieser Krieg dauert mittlerweile fast so lange wie der von Putin zur Identitätsstiftung – und Rechtfertigung des Angriffs auf die Ukraine – so geschätzte „Große Vaterländische Krieg“ von 1941 bis 1945. Wenig charakterisiert deutlicher das Desaster, das er mit seiner Entscheidung angerichtet hat und weiter anrichtet. Bis August 2025 belief sich nach Angaben von Mediazona und BBC News Russia die Zahl der namentlich dokumentierten toten russischen Soldaten auf mehr als 125.000; das Washingtoner CSIS hat im Mai

2025 die Zahl der Toten und Verwundeten sogar noch weit höher, auf nahezu eine Million, taxiert, davon 250.000 Tote. Hinzu kommen 3.770 zerstörte Kampfpanzer, 8.490 Schützenpanzer aller Kategorien und zahllose andere Kriegsgeräte, die der Abnutzungskrieg gekostet hat.

Am 14. Juni 2024 hat Putin erstmals jenseits der deklaratorischen Phrasen („Entnazifizierung“ und „Entmilitarisierung“ der Ukraine) die russischen Kriegsziele konkret benannt: Annexion der partiell eroberten vier ukrainischen Gebiete Donezk, Luhansk, Cherson und Saporischja sowie der Krim, Ausschluss einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine sowie jeglicher glaubwürdiger Sicherheitsgarantien, massive Begrenzung der ukrainischen Streitkräfte und zahlreiche Gesetzesänderungen mit dem Ziel, Russland ein *droit de regard* in der ukrainischen Innenpolitik einzuräumen. Diese Ziele wurden in einem sogenannten „Memorandum“ am 2. Juni 2025 bekräftigt und um eine Aufhebung der westlichen Sanktionen sowie aller Restriktionen (wie eine Wiederaufnahme des Gastransits durch die Ukraine) sowie einen Verzicht auf jegliche Reparationen ergänzt. Hinzu kam inoffiziell ferner die Einrichtung einer Pufferzone unspezifizierter Tiefe entlang der ukrainischen Grenze. Ein Überleben der Ukraine als souveräner Staat ist damit ausgeschlossen. Und um zu dokumentieren, dass Russland in diesem Krieg die Oberhand zu haben glaubt, wurden seit Februar 2025 nicht nur alle Vorschläge für einen Waffenstillstand ausgeschlagen, es wurde auch die Kriegführung an allen Fronten und aus der Luft erheblich intensiviert. Diesem Krieg ist in Russland heute alles untergeordnet.

Der Krieg hat allerdings auch erhebliche politische Kosten. Zwar konnte Moskau seine überlebenswichtigen Beziehungen zu China und den größten Ländern der vom Kreml so etikettierten „globalen Mehrheit“ im Rahmen der BRICS ausbauen, in seinem traditionellen Einflussbereich stellt sich die Lage indes gemischter dar. Sklavische Unterordnung praktiziert im Rahmen des „Unionsstaats“ lediglich Aljaksandr Lukaschenka, *faute de mieux*. Die Ein-Parteien-Diktaturen in Zentralasien und im Südkaukasus befeißigen sich dagegen so etwas wie einer Doppelstrategie. Auf der einen Seite verweigern sie wie schon bei der Annexion der Krim 2014 eine Solidarisierung mit Russlands Aggression und bemühen sich, ihre Souveränität auch gegen Russland zu behaupten. Dass dies zu keinen größeren Friktionen führt, beruht darauf, dass sie auf der anderen Seite nicht allein aus ökonomischen Gründen weiter enge Beziehungen mit Moskau pflegen. Und es resultiert aus der engen Verbundenheit der durchgängig sowjetisch sozialisierten Eliten sowie dem Bewusstsein, dass Russland ihre ultimative Überlebensgarantie darstellt, wie 2020 in Belarus und 2022 in Kasachstan demonstriert. Daher räumen sie Russland nach wie vor einen Sonderstatus in der Region ein, auch wenn sie das Moskauer Konzept eines „nahen Auslands“ zurückweisen.

Insofern nutzen diese Staaten zwar die russische Schwächung in der Ukraine nicht für eine postkoloniale Emanzipation, wohl aber für einen beschleunigten Ausbau multilateraler Verflechtungen jenseits von Russland. Aserbaidshan profitiert dabei von seiner Rolle als Energielieferant mit autonomen Transportwegen nach Europa; Zentralasien von zahlreichen multilateralen Aktivitäten, die das wachsende Interesse an der Region unterstreichen. Voraussetzung dafür war und ist der Abbau der regionalen Spannungen, was mit dem einvernehmlichen Grenzregime in den letzten Jahren und einer Vertiefung der regionalen Kooperation erreicht wurde, etwa durch die Wiederaufnahme der zentralasiatischen Gipfel auf usbekische Initiative im Jahre 2018. Mittlerweile ist die Liste der Z5+1 Gipfeltreffen mit extra-regionalen Partnern ziemlich lang: China veranstaltete seinen ersten Gipfel in Xi'an im Mai 2023, der zweite ist für 2025 in Kasachstan vorgesehen. Deutschland veranstaltete als bislang einziges EU-Mitglied den ersten Z5+1 Gipfel

im September 2023 in Berlin, kurz nach den USA, die ihren Gipfel ebenfalls im September 2023 in New York durchführten. Der zweite deutsche Z5+1 Gipfel fand im September 2024 in Astana statt. Im Juli 2023 war es Saudi-Arabien, das einen Z5+1 Gipfel zusammen mit dem Golf-Kooperationsrat ausrichtete, und im April 2025 gab es in Samarkand den ersten Z5+1 Gipfel mit der EU. All dies erfolgte ohne Beteiligung Russlands, das allerdings im Oktober 2022 ebenfalls einen separaten Z5+1 Gipfel in Astana abhielt – der nächste ist nach längerer Pause für den Oktober 2025 vorgesehen. Eine solche Gipfeldiplomatie ist vorderhand symbolische Politik, sie dient aber auch der Selbstbehauptung und öffnet damit zumindest potenziell Handlungsspielräume, die in einem positiven Szenario auch auf die innere Transformation ausstrahlen könnten.

Moskaus Krieg gegen die Ukraine ist vor allem auch ein Beleg für eine gescheiterte russische Integrationspolitik und ein Ausweis, dass Russland jenseits der Elitenkumpanei und der militärisch abgestützten Machtprojektion über kaum Anziehungskraft verfügt. In den Demokratien des postsowjetischen Raums, Armenien, Moldau und Ukraine, müssen sich die Eliten-Agenten russischer Einflussnahme jedenfalls demokratisch behaupten und befinden sich daher seit Jahren in der Opposition. Entsprechend militant gestaltet sich Russlands Politik gegenüber den dortigen Regierungen. Das galt bis vor kurzem auch für Georgien, das sich seit dem offenen Kurswechsel des Iwanischwili-Regimes jedoch dezidierten Moskauer Wohlwollens erfreut.

Armenien, das auch nach der „Samtenen Revolution“ 2018 noch ganz auf den militärischen Schutz durch Russland gebaut hatte, sieht nicht nur seine Demokratie, sondern auch seine Souveränität zunehmend im Westen und dort durch die EU (und Frankreich) garantiert. Es hat daher mit der Entscheidung der Nationalversammlung vom 12. Februar 2025 die ersten Schritte zu einem Beitritt unternommen, der allerdings nach Abschluss des Prozesses an ein Referendum gekoppelt ist. 2024 fand ein Beitritt Armeniens zur EU die Zustimmung von 58 Prozent der Befragten.

Der Beitrittsprozess ist mit Moldau und der Ukraine 2024 bereits eingeleitet worden. Auch wenn die Entscheidung der EU sich nicht zuletzt der Solidarität mit der russischen Aggression verdankt, vollzieht sich der Beitrittsprozess selbst nach dem hochgradig formalisierten, ja schematischen, Muster der EU. Insgesamt müssen 35 Verhandlungskapitel abgearbeitet werden, die sich in sechs Cluster gruppieren, von grundlegenden Fragen über den Binnenmarkt und die Landwirtschaft bis hin zu den Außenbeziehungen. Gegenwärtig läuft der sogenannte Screening-Prozess, bei dem die Übereinstimmung der nationalen Gesetze mit dem *acquis communautaire* der EU evaluiert wird. Er ist in beiden Ländern bei drei Clustern im Frühjahr 2025 erfolgreich abgeschlossen worden und soll bis Herbst finalisiert werden. Dies geschah bislang bei beiden Ländern weitgehend synchron, die darauffolgende Aufnahme von Verhandlungen über die einzelnen Kapitel wird im Fall der Ukraine jedoch seit Februar durch Ungarn blockiert.

Zwar verleiht dieser Prozess der Transformation in beiden Ländern – bis auf weiteres – Ziel, Richtung und Kohärenz, doch ist der Weg offenkundig noch weit. Nach einer Zusammenstellung der EU-Kommission erreicht Moldau auf einer Skala von null bis fünf aktuell einen Durchschnitt von lediglich 1,89, die Ukraine sogar nur von 1,78 und in keinem Kapitel erreichen beide Länder einen besseren Wert als drei.

Flankiert wird die Annäherung durch umfangreiche materielle Unterstützung, die sich bei der Ukraine für den Zeitraum von 2024 bis 2027 auf ein Volumen von €50 Milliarden beläuft und bei Moldau für den Zeitraum von 2025 bis 2027 auf €285 Millionen als Zuschuss und €1,5 Milliarden

als Darlehen. Die USA haben nach offiziellen Angaben Moldau zwischen 2022 und 2024 insgesamt \$949 Millionen zukommen lassen, eine Unterstützung, die etwa bei der Konstruktion von Stromleitungen nach Rumänien kritisch war, jedoch nach der Abwicklung von USAID durch die Trump-Regierung kaum mehr in relevanter Größenordnung fortgeführt werden dürfte.

Namentlich für die Ukraine ist die westliche Unterstützung eine Überlebensbedingung. Denn auch wenn Russland die Ukraine nicht erobern kann, so ist es doch bestrebt, ihren Fortbestand als unabhängiges, stabiles und selbstbestimmt prosperierendes Land unmöglich zu machen. Das zu verhindern ist eine gigantische Aufgabe. Nach den bereits zitierten Schätzungen des CSIS hat die Ukraine Kriegsverluste von etwa 400.000 Soldaten zu beklagen, davon 60.000–100.000 Tote. Und von den Millionen Flüchtlingen wird mit hoher Wahrscheinlichkeit je nach Dauer des Kriegs nur ein Teil in die Ukraine zurückkehren. Es ist daher keineswegs auszuschließen, dass die Ukraine zu einem dauerhaften sozialen, ökonomischen und politischen Konfliktherd in Europa wird. Dass Moldau in den Kreml-Szenarien ein ähnliches Schicksal blühen könnte, hat Außenminister Lawrow deutlich gemacht, als er warnte, dass Moldau „die nächste Ukraine“ werden könnte, sollte das Land sich weiter der NATO annähern oder die Bevölkerung in Transnistrien, der Russland zur gleichen Zeit am Beginn des Jahres 2025 das Gas abgestellt hatte, „Opfer eines weiteren westlichen Abenteuers“ werden. Damit wird deutlich, dass es beim EU-Beitrittsprozess nicht allein um die sozioökonomischen Entwicklungsperspektiven beider Länder geht, sondern auch um eine eminent sicherheitspolitische Frage – mit Relevanz für das gesamte westliche Europa.

Ausblick

Die Region, die sich von Osteuropa über den Kaukasus bis Zentralasien erstreckt, wird durch eine doppelte Zerteilung charakterisiert. Zum einen teilt sie der Charakter der politischen Regime, denn neun Autokratien steht eine weiter geschrumpfte Zahl von nur mehr vier Demokratien gegenüber. Zum anderen teilt der Krieg, den Russland 2022 in vollem Umfang gegen die Ukraine entfesselt hat, die Region in zwei Opfer, zwei Unterstützer und neun Neutrale. Die beiden Teilungen sind nicht deckungsgleich. Zwar sind die beiden Opfer – die Ukraine direkt und Moldau indirekt – Demokratien und die beiden Unterstützer – Russland und Belarus – Autokratien, zur Gruppierung jener Länder, die eine pragmatische Neutralität praktizieren, gehören neben den etablierten Autokratien aber auch zwei Demokratien – Armenien und die Mongolei.

Allerdings fungiert in beiden Fällen Russland als Drehachse. So dokumentiert das Beispiel Georgien, dass es durchaus Zusammenhänge gibt. Einerseits hat Georgien trotz einer demonstrativen Solidarisierung mit der Ukraine in der Bevölkerung seit Beginn des Kriegs seine Neutralität betont. Und die Regierungspartei „Georgischer Traum“ hat diese Neutralität im Wahlkampf 2024 mit Verweis auf die eigene schmerzvolle Erfahrung mit Russland und die aktuellen Risiken zum wirkungsvollen Markenzeichen erhoben. Andererseits aber gehört Georgien in mehrfacher Hinsicht zu den Profiteuren des Kriegs, konnte die Lücken der westlichen Sanktionen ausnutzen und zugleich als sicherer Hafen für die russische Emigration fungieren. Russland als attraktiver Markt und die Netze georgisch-russischer Mittelsmänner mit vorzüglichen Beziehungen in der politischen Klasse beider Länder haben die autokratische Transformation Georgiens beschleunigt. Dabei bedurfte es keiner offenen russischen Einmischung, die ohnehin kontraproduktiv gewesen wäre. Vielmehr verleiht die rechtspopulistische Welle in Europa und den USA diesem

Schwenk gleichsam globale Weihen, denen Viktor Orban mit seinem Besuch in Tbilissi unmittelbar nach den Wahlen oder die regelmäßige Präsenz hochrangiger georgischer Politiker bei rechtspopulistischen Agitationstreffen wie der Conservative Political Action Conference (CPAC) in den USA und ihren europäischen Ablegern unterstreicht.

Ergebnis Governance Index

	2026	2024
	6,58	6,04
	5,91	5,69
	5,90	5,83
	5,10	5,03
	4,42	4,56
	4,21	5,21
	4,21	4,06
	4,10	3,92
	3,77	3,83
	3,09	3,02
	2,41	2,55
	2,36	2,22
	2,18	2,18

Ergebnis Status Index

2024 2026

Ukraine	6,51	6,39
Republik Moldau	6,37	6,37
Mongolei	6,55	6,73
Armenien	6,61	6,84
Kasachstan	4,94	4,94
Georgien	5,79	5,17
Kirgisistan	4,98	5,03
Usbekistan	4,24	4,39
Aserbaidshan	4,56	4,41
Tadschikistan	3,16	3,22
Russland	4,18	4,04
Belarus	4,25	4,31
Turkmenistan	2,67	2,69

Politische Transformation
Wirtschaftliche Transformation

Gleiches gilt für die etablierten Autokratien namentlich in Zentralasien. Sie demonstrieren mit ihrer Neutralität zwar, dass sie sich nicht länger als untergeordneten Teil eines von Russland dominierten Raums – des russischen „nahen Auslands“ begreifen – und bemühen sich, dies mit einer aktiven Multilateralisierung ihrer Außenbeziehungen zu unterstreichen, einschließlich einer Intensivierung der regionalen Kooperation und einer Bereinigung der Konflikte, die in der Vergangenheit Russland immer wieder Interventionen ermöglichte. Andererseits garantieren die persönlichen im wahrsten Sinne des Wortes post-sowjetischen Netzwerke, dass sie Russland unverändert als primären Adressaten und Garanten ihrer autoritären Ordnungen begreifen. Weder innen- noch außenpolitisch ist von ihnen daher ein Bruch mit Moskau und seinen Praktiken zu erwarten.

Daran ändert auch nicht, dass mit China eine weitere noch potentere Autokratie von Osten in die Region vordringt, die den russischen Leitvorstellungen allenfalls geostrategisch in die Quere kommen könnte. Bis auf Weiteres nimmt Russland jedenfalls seine wachsende Abhängigkeit von China billigend in Kauf, imaginiert man sich doch in einer gemeinsamen Abwehrschlacht gegen die (fünfhundertjährige) Hegemonie des Westens, konkret der USA und ihrer „Satelliten“. Solange diese Mesalliance zwischen Moskau und Beijing zur Sicherung der von ihnen angestrebten kollektiven Hegemonie in der eurasischen Region und darüber hinaus Bestand hat, wird sich daran nichts ändern – und scheitern wird sie an Konflikten über Zentralasien auch nicht.

Diese politischen Verhältnisse in der Region haben sich ausweislich der Transformationsbilanz des BTI 2026 auch im vierten Jahr des russischen Kriegs gegen die Ukraine im Wesentlichen befestigt. Georgien ist die einzige – negative – Ausnahme. Das wirft die Frage nach einer angemessenen und differenzierten westlichen Strategie gleichsam an der Schnittstelle zwischen Krieg und politischer Ordnung auf. Dabei ist vor allem die EU angesprochen, denn eine nennenswerte Mitwirkung der USA ist unter Donald Trump nicht zu erwarten.

Gegenüber Zentralasien und Aserbaidshan beschränkt sich Brüssel offenkundig darauf, deren russlandfreundliche Neutralität zu bewahren, eine wohlwollendere Berücksichtigung der westlichen Sanktionen anzumahnen und vor allem alternative Quellen für Rohstoff- und Energielieferungen zu erschließen. Deren autokratische Regime stehen nicht auf der Agenda, zumal sie nach außen einen unverändert stabilen Eindruck vermitteln. Das mag kurz- und mittelfristig den eigenen Interessen dienen, birgt aber auf längere Sicht das Risiko, dass sich die Erfahrungen mit Russland in anderer Form wiederholen könnten, denn einen „autokratischen Frieden“ gibt es nicht.

Anders verhält es sich bei den Ländern, mit denen die EU Beitrittsverhandlungen führt, oder mit denen sie assoziiert ist. Deren Stabilität ist deutlich prekärer, ihre Lage allerdings so unterschiedlich, dass dem strategisch Rechnung getragen werden muss, um ihre demokratische Widerstandsfähigkeit gezielt zu stärken. Bei Georgien legt dies eine Doppelstrategie nahe, bei der einerseits die Zivilgesellschaft, die Medien und die lokale Selbstverwaltung gestärkt, andererseits die Zusammenarbeit mit der politischen Führung demokratisch konditioniert wird, einschließlich allfälliger Sanktionen gegen die dortigen Amtsträger. Bei Armenien geht es um Alternativen zur fortdauernden wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Abhängigkeit von Russland und damit auch darum, die Isolation des Landes durch Aserbaidshan und die Türkei zu überwinden. Moldau bedarf einer Kombination aus spürbaren Unterstützungsmaßnahmen insbesondere im Energiesektor und einer wirkungsvollen Bekämpfung russischer Einflussoperationen.

Die größte Herausforderung stellt die Unterstützung der Ukraine dar – mit Blick auf die Kriegführung, dessen Beendigung und die notwendige Rehabilitation des Landes. In allen drei Bereichen ist ein Engagement gefordert, das in seinen Dimensionen umso größer ist, je mehr eine Beteiligung der USA in Frage steht. Der Ausgang des Kriegs allerdings entscheidet nicht allein über das Schicksal der Ukraine, sondern auch über die Ordnung im eurasischen Raum und potenziell darüber hinaus.

Über den BTI

Governance im internationalen Vergleich

Seit 2004 analysiert und bewertet der Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung (BTI) regelmäßig die Qualität von Demokratie, Marktwirtschaft und Regierungsführung in 137 Entwicklungs- und Transformationsländern. Grundlage für die Bewertung sind über 5.000 Seiten an detaillierten Länderberichten, die in Zusammenarbeit mit über 280 Experten führender Universitäten und Think Tanks in über 120 Ländern erstellt werden.

Der aktuelle Untersuchungszeitraum erstreckt sich vom 1. Februar 2023 bis zum 31. Januar 2025.

Der BTI ist der einzige international vergleichende Index, der die Qualität von Regierungshandeln mit selbst erhobenen Daten misst und eine umfassende Analyse von politischen Gestaltungsleistungen in Transformationsprozessen bietet.

Transformation Index BTI 2026

ISBN

978-3-68933-009-5

AUFLAGE

1. Auflage

UMFANG/FORMAT

80 Seiten, Broschur

PREIS **18,00 €**

ZZGL. VERSANDKOSTEN



Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Phone +49 5241 81-0

Sabine Donner
Senior Expert
Telefon +49 5241 8181501
sabine.donner@bertelsmann-stiftung.de

Dr. Hauke Hartmann
Senior Expert
Telefon +49 5241 8181389
hauke.hartmann@bertelsmann-stiftung.de

Sebastian Plate
Project Manager
Telefon +49 5241 8181263
sebastian.plate@bertelsmann-stiftung.de

www.bti-project.org

www.bertelsmann-stiftung.de